

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Vor Neuwahlen – Probleme und Trends – Seite 4***
Schwarz-Gelb: Was könnte kommen?
Steinbruch Sozialpolitik
Entfesselte Außenpolitik
Typen der Herrschaft
- ***Doppelpass – Seite 14***
- ***Kommt die Demokratische Linke/PDS? – Seite 16***
- ***Dokumentiert: Inhalte der Wahlstrategie der PDS – Seite 17***

Ausgabe Nr. 12 am 16. Juni 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

BND – Größenwahn

Tagesspiegel, 5.6. rül. „Auch der Neubau steht zur Wahl – CDU und CSU diskutieren Stopp des BND-Umzugs“, berichtet der Berliner „Tagesspiegel“ über den Streit um den Umzug der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes nach Berlin. Bayerns Innenminister Beckstein und andere aus der CSU wollen den Wegzug aus Pullach verhindern. BND-Chef Hanning, die rot-grüne Bundesregierung und Berlins Bürgermeister Wowereit – der allein vom Verkauf des landeseigenen Grundstücks 50 Mio. Euro erwartet – sind dafür. „Der geplante Neubau ist ein Projekt der Superlative“, schwärmt die Zeitung über das Vorhaben am ehemaligen Stadion der Weltjugend in Ostberlin und erklärt: „In jedem Fall ist es das größte Neubauvorhaben des Bundes seit dem Zweiten Weltkrieg“. 1,1 Milliarden Euro soll der Neubau mit 2.700 Räumen für die rund 5.000 Beschäftigten des größten deutschen Geheimdienstes nach derzeitigen Planungen kosten, 720 Millionen Euro der Bau, weitere 400 Millionen Euro die Ausstattung mit Möbeln und Technik. 70 Millionen Euro Planungskosten sind für 2005 bereits bewilligt. Der Bundesrechnungshof erwartet am Ende 1,5 Milliarden Euro Gesamtkosten. Wenn das Gebäude je gebaut wird, entsteht ein Monument neuen deutschen Größenwahns. Für BND-Chef Hanning ist der Umzug angesichts der weltweiten Terrorismusbedrohung „drängender denn je und alternativlos“.



Bundestag verlängert den Bundeswehreinsatz im Kosovo

ND, 3.6. *scc/alk*. Am 2. Juni 2005 beriet der Bundestag über die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in der serbischen Provinz Kosovo, die 1999 im Zuge des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien von NATO-Truppen besetzt worden war und die seither eine Art UN-Protoktorat darstellt. Der Bundestag stimmte mit überwältigender Mehrheit der Mandatsverlängerung zu. Der Frieden in Kosovo müsse auch künftig von internationalen Truppen gestützt werden, sagte Verteidigungsminister Struck im Bundestag. Entlarvend ist die Priorität bei der Begründung. Konstatiert werden zwar eine „hohe Kriminalitätsrate, ethnische Gegensätze und politischer

Extremismus“. Doch sei die internationale Sicherheitspräsenz in Kosovo notwendig „zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelungen“. Kein Wort findet sich in der Empfehlung darüber, dass der UN-Flüchtlingskommissar ein Bleiberecht für Angehörige von Kosovo-Minderheiten in Deutschland fordert. Bund und Länder dringen auf eine rasche Abschiebung. Die Bundestagsabgeordneten ließen sich nicht einmal von der inner-sozialdemokratischen Unlogik zum Nachdenken bringen. Während Struck (Verteidigungsministerium) vor der instabilen Lage in Kosovo warnt, meint Otto Schily (Innenministerium), dass die Lage stabil genug ist, um Massenabschiebungen zu veranlassen.

EU streicht Hinweis auf Türkei-Erweiterung aus Gipfelerklärung

scc/alk. Der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei soll in der Schlusserklärung des bevorstehenden EU-Gipfeltreffens nicht mehr gesondert erwähnt werden. Zwei gescheiterte Verfassungsreferenden zeigen Wirkung. Diplomaten sagten am Rande des EU-Außenministertreffens am Montag, im Entwurf des Kommuniqués sei eine Passage, die sich eigens mit dem für den 3. Oktober geplanten Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei befassen sollte, gestrichen worden. Stattdessen enthält die Gipfelerklärung zum Thema EU-Erweiterung nur noch einen allgemeinen Satz. Darin wird an den Beschluss des EU-Gipfels vom Dezember 2004 über „die Notwendigkeit der Erweiterung“ erinnert, der „uneingeschränkt umzusetzen“ sei.

Ein Sprecher der luxemburgischen Ratspräsidentschaft bestätigte, dass nach den beiden gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden und angesichts der drohenden Finanzkrise beim Gipfel „keine neue Erweiterungsdebatte geführt“ werden solle. Deswegen habe Luxemburg, das den Gipfelvorsitz führt, eine ursprünglich geplante Passage wieder gestrichen. „Wir wollen die Tagesordnung nicht überfrachten“, sagte der Sprecher. „Es ist derzeit nicht unsere Absicht, über die Erweiterung zu diskutieren.“

In einem frühen Entwurf für das Gipfelkommuniqué sollten die Teilnehmer des Treffens noch begrüßen, dass die Türkei und die EU sich auf einen Text geeinigt haben, in dem Ankara die EU-Erweiterung um zehn Staaten – also einschließlich Zyperns – anerkennt. Die Türkei wurde aufgefordert, diesen Text noch vor dem Beginn der Verhandlungen zu unterzeichnen.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Nato und EU im Clinch

12.6. *hav.* Nach einem heftigen Gerangel zwischen Nato und EU sind die USA mit ihrer Forderung gescheitert, die Transporthilfe für die Friedenstruppen der Afrikanischen Union (AU) in die sudanesischen Krisenregion Darfur unter das ausschließliche Kommando der Nato zu stellen.

Die US-Regierung hatte damit argumentiert, dass die Nato bei Einsätzen immerVorrang vor der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik habe. Die EU müsse deswegen ihre seit Ende vergangenen Jahres laufende Mission in Afrika der Führung der Nato unterstellen. Deutschland und Frankreich, die beide Transport und Ausbildungshilfe für die Militärbeobachter der AU leisten, haben das strikt abgelehnt. Weil keine Einigung zu erzielen war, beschloss der Nordatlantikatrat am Mittwoch, dass nur die Transporthilfe der USA und Kanadas vom militärischen Nato-Hauptquartier koordiniert wird. Die Europäer werden ihre Einsätze dagegen weiter über ihr gemeinsames Lufttransportkommando im niederländischen Eindhoven abwickeln.

Politisch sehen europäische Diplomaten den amerikanischen Vorstoß aber in einem anderen Licht. Er zeige, hieß es in Brüssel, dass das Verhältnis zwischen Nato und EU immer noch nicht ausreichend geklärt sei. Es gehe hier offensichtlich um Positionskämpfe. Da die EU Monate früher als die USA die Transporthilfe beschlossen habe, hätte es nahe gelegen, dass sie auch die Koordination für die USA und Kanada mit übernimmt. Dass Washington auf einem Nato-Oberbefehl beharrt, wird in Brüssel aber nicht nur mit dem Wunsch nach einer Festigung der Führungsrolle der Nato erklärt, sondern auch damit, dass die Nato auf der Suche nach Aufgaben ihren Fuß nun auch nach Afrika setzen will, wo sie bislang noch nie eine Operation durchgeführt hat.

Struck bei der Nato: angeben, anwanzen, ausweichen

www.bmvg.de, 9.6. *alk.* Am 9. Juni fand in Brüssel ein Treffen der Nato-Verteidigungsminister statt. Peter Struck äußerte sich danach laut Internetredaktion der Bundeswehr:

„Neben dem Einsatz in Afghanistan beteilige sich die Bundeswehr auch intensiv am Wiederaufbau irakischer Sicherheitskräfte. Struck machte deutlich, dass es ihn „schon etwas verärgert habe“, dass in dem Bericht der Nato der deutsche Einsatz nicht hervorgehoben wurde. „Das habe ich hier auch deutlich gemacht“, erklärte Struck nach der Sitzung des Nato-Rates.“

Nach dieser Angeberei folgte das Andienen für weitere Einsätze:

„Struck stellte klar, dass Deutschland

nach wie vor bereit sei, der Afrikanischen Union bei ihrer Aufgabe im Sudan zu helfen. Ob das unter dem Kommando der Europäischen Union oder der Nato geschehe, sei dabei unerheblich. „Das ist eine unnötige Diskussion“, so der Minister. Deutschlands Angebot hierfür stehe: Die Luftwaffe sei bereit, im Bereich des strategischen Lufttransports zu helfen, und der Bundestag habe gerade erst das Mandat für die 50 Militärbeobachter für den Süd-Sudan erteilt.

Verschämt erwähnte Struck dann noch an, dass er irgendwie die Stationierung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik angesprochen habe. Für eine atomwaffenfreie Bundesrepublik waren unter anderem die Bürgermeister für den Frieden eingetreten und hatten ein entsprechendes Auftreten von Struck verlangt. Wir zitieren wieder die Internetredaktion der Bundeswehr:

„Zum Thema nukleare Teilhabe erklärte Struck, dass er seine Kollegen im Nato-Rat über den Stand der Diskussion in Deutschland informiert habe. Die Frage sei in den Gremien der Nato nicht vertieft worden.“

Die Welt kann sich auf Ratzinger stützen – Papst 1

maf. Am 8. Mai griff die Zeitung „Die Welt“ einen Text aus Ratzingers Schrift „Werte in Zeiten des Umbruchs“ auf, in der der jetzige Papst über die deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg urteilt, es müsse uns Deutsche schmerzlich berühren, dass ihr Idealismus und ihr Gehorsam dem Staat gegenüber von einem ungerechten Regime missbraucht worden seien. Aber das entehre die jungen Menschen nicht, in deren Gewissen nur Gott hineinblicken könne. Sie hätten ganz einfach ihre Pflicht – wenn auch oft unter furchtbarem inneren Ringen, Zweifeln und Fragen – zu tun versucht. Die Nürnberger Rassegesetze – und sie waren nicht die einzige, wenn auch die größte offenbare frühe Schandtats des Regimes – gingen bekanntlich dem Krieg voraus. Auch stand mit der Propaganda vom Volk ohne Raum der Charakter des Krieges als Raubkrieg fest. Eine Verurteilung der Teilnahme am Krieg ist Ratzinger dennoch nicht möglich: Denn was in den Seelen der Soldaten vorging, weiß halt nur Gott. Für das Diesseits stellt Ratzinger trotzdem fest, dass der Kriegsdienst für Hitler nicht entehre. Dass diese Feststellung wichtig ist, zeigt die Propaganda der Faschisten, die am 8. Mai in München ihr Auftreten unter der Losung „8. Mai – Tag der Ehre“ organisierten. Tatsächlich war es auch unter Soldaten umstritten, ob es mit dem Ehrbegriff vereinbar sei, einen persönlichen Eid auf A. Hitler abzulegen, der „unbedingten Gehorsam“ zum Inhalt hatte. Im heute unmodernen Ehrbegriff ist die persönliche Verantwort-



lichkeit enthalten, die mit dem Versprechen unbedingten Gehorsam gegenüber einer Person nicht zusammengeht.

Gott weiß es – die Kirche will es wissen – Papst 2

maf. Nach Medienmeldungen hat Papst Ratzinger im Verein mit den Bischöfen Italiens dazu aufgerufen, das Referendum in Sachen Reproduktionsmedizin durch Nicht-Beteiligung zum Scheitern zu bringen. Anders als in Fragen von Soldaten- und Kriegsdienst verlässt man sich hier nicht darauf, dass Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler ein Geheimnis bleibt. Ob sich jemand an die Empfehlung der Nichtbeteiligung hält, ist für eine so große Organisation wie die italienische Kirche ganz gut überprüfbar. Die Katholiken haben einen Papst gewählt, der mit dem Wahlgeheimnis taktische Spielchen treibt.

Für Ratzinger ist nichts unmöglich – Papst 3

Tagesspiegel, 12.6. *riul.* Joseph Ratzinger, auch bekannt als Papst Benedikt XVI., hat eine doppelte Staatsbürgerschaft – die deutsche und die des Vatikan. Das wurde jetzt im Kontext der heraufziehenden Bundestagswahl bekannt. „Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik darf ein Papst an der Bundestagswahl teilnehmen“, berichtet der Berliner „Tagesspiegel“. Dass Ratzinger zwei Staatsbürgerschaften hat, die des Vatikan und die deutsche, hat ein Vatikansprecher auf Anfrage bestätigt. Das Büro des Bundeswahlleiters, daraufhin von der Dresdner „Morgenpost“ gefragt, ob der Papst wählen dürfe, hat das sofort bestätigt. Als „Auslandsdeutscher“ müsse er nur die Wahlunterlagen beantragen. Ob die katholische Kirche das wohl zum Anlass nimmt, sich gegen die erneute Ausbürgerung zehntausender Migrantinnen und Migranten aus der Türkei zu verwahren, die derzeit von den Innenministern von Bund und Ländern mit Verweis auf deren doppelte Staatsbürgerschaft betrieben wird?

Zusammenstellung: alk

Vor Neuwahlen – Probleme und Trends

Das abrupte Ende der Legislaturperiode deutet darauf hin, dass sich in der BRD eine Problemlage entwickelt hat, die in der politischen Konstellation, die sich nach den Wahlen 2002 fixiert hatte, nicht angemessen behandelt werden kann. So hält alle Welt Neuwahlen für angebracht, obwohl dieser Weg in der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD eher nicht vorgezeichnet ist. Die Ereignisse wurden nicht durch Streit um ein Gesetzgebungsvorhaben oder ein Regierungshandeln ausgelöst, sondern durch das Landtagswahlergebnis in NRW. Der sachliche Hintergrund für den Legitimationsverlust der Regierung steht also nicht fest, die politischen Akteure können diese Absage je nach ihrem Interesse ausdeuten, und dementsprechend geht es auch her. Da bleibt nichts anderes übrig, als die Vielzahl der Faktoren, die im Spiel sind, aufzulisten und auch, welche Entwicklungstendenzen diskutiert werden. Manches spricht dafür, dass die Vertrauenskrise, die die Bundesregierung durchlebt, im Zusammenhang mit ähnlichen Erschütterungen gesehen werden muss, die bei den EU-Abstimmungen in Frankreich und Holland zu verzeichnen waren. Dann stünde die Regierungskrise mit einer Funktionskrise der EU in Verbindung, wofür sich manche Argumente finden.

Mit der Entwicklung der EU entstand in Europa ein ordnungspolitischer Rahmen, der einen qualitativen Sprung in der internationalen Arbeitsteilung ermöglicht hat, aus dem Austausch von Waren entwickelte sich in System technischer Kooperation, das zu sehr großen Effizienzgewinnen führte. Die Vorteile fielen wie immer an die Kapitaleigner, aber nicht ganz, es kam zu einer Partizipation breiter Schichten, und für eine jahrzehntelange Weile wurde der Gerechtigkeitsgrundsatz, dass die Bereicherung nicht auf Grundlage von Verarmung der Armen ablaufen darf, weitgehend gewahrt. In den Kernländern der EU mit der am meisten entwickelten Technologie und den umfangreichsten Handelsbeziehungen kam von diesem Segen auch am meisten an. Zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gesellte sich noch ein weiteres Phänomen. Der ansässigen Bevölkerung wurden Arbeits-„Karrieren“ eröffnet, die darauf beruhten, dass gewisse Bereiche der Produktion und Dienstleistungsbereiche durch Immigration bedient wurden.

Diese Entwicklung wurde in dem Maße gestoppt, in dem sich in Europa, aber auch weltwirtschaftlich, Modernisierungen vollzogen, die das Standortkalkül der Investoren einschneidend

beeinflussen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die fortschreitende Emanzipation der industriellen Arbeit von ihrer geschichtlichen Basis, die handwerklich gewesen ist. Geschulte und wissenschaftlich qualifizierte Arbeitskräfte können inzwischen ganz offenbar in sehr vielen Ländern der Welt bereitgestellt werden. Damit ist für eine wachsende Zahl von Produktionen das historisch gewachsene Standortmonopol auf einen bloßen Standortvorteil zusammengeschrumpft.

Die historischen Zentren der industriellen Produktion kommen unter Druck, und in diesen Gesellschaften wird der Druck auf die arbeitenden Klassen abgewälzt. Als die Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des 19ten Jahrhunderts im Deutschen Reich ausschließlich am „Bedürfnis“ orientierte Verteilungsgrundsätze propagierte, vermerkte Marx in der später veröffentlichten „Kritik des Gothaer Programms“, das Recht könne nicht höher sein als die ökonomische Gestaltung. In diesem Zusammenhang müssen wir heute konstatieren, dass die ökonomische Gestaltung bereits weiter gediehen ist als die Entwicklung von Anforderungen an die rechtliche Ordnung. Es gibt einen internationalen Arbeitsmarkt, der nicht international geordnet ist, und es gibt internationale Produktionszusammenhänge, in denen keineswegs gleichmäßig die in Jahrzehnten nationalstaatlich erkämpften gesetzlichen Rechte zum Schutz der arbeitenden Menschen gelten. Den Gegenbewegungen, die naturgemäß als soziale und gewerkschaftliche Bewegungen auftreten, fehlt der angemessene Adressat und auch die angemessene organisatorische Form. Für breite Massen erscheint das als Funktionsschwäche der Gewerkschaften und Verlust von auf nationalstaatlicher Ebene verbrieften Rechten.

Wie wir in dieser Zeitschrift schon mehrfach berichten konnten, entsteht in der Gewerkschaftsbewegung vermehrte Aufmerksamkeit für diese Problematik, es entwickelt sich zwischen den Gewerkschaften und innerhalb der internationalen Konzerne Zusammenarbeit. Dennoch ist die praktische Wirkung solcher Initiativen niedrig, und so entsteht im öffentlichen Meinungskampf eine auf den Nationalstaat gerichtete Kritik und Erwartungshaltung, die nationalistisch aufgegriffen werden kann.

Vom Interessenstandpunkt des Kapitals her war das Bedürfnis nach Internationalisierung der Märkte eine nach dem Zweiten Weltkrieg klare Sache. Die Regulierung der Verteilungsbedingungen und Bestimmungen zum

Schutz der Arbeitskraft darf man aus dieser Ecke aber nicht erwarten. Auf dem Kapitalmarkt gelten die Ergebnisse der Bilanzen. Die Kapitalgesellschaften können einen Vorteil, der sich ihnen darbietet, einfach nicht liegen lassen. Das soziale Defizit kann nur durch Sozial- und Arbeiterbewegungen eingefordert werden. In der Sozialgeschichte der kapitalistischen Länder hat sich gezeigt, dass derartige Bewegungen ihre Kraft nicht nur im Kampf der Argumente um die öffentliche Meinung entwickeln können und auch nicht ausschließlich im wirtschaftlichen Kampf mit der Kapitaleseite. Sie bedürfen des Wahlrechts und klar geregelter Möglichkeiten des Durchgriffs auf das politische System. Dieser Regelkreislauf besteht international nicht, auch im EU-Rahmen ist er schwach. Impulse, die die Herrschenden zur Modernisierung der politischen und der wirtschaftlichen Sphäre geradezu gezwungen haben, fehlen. Es kommt zu Rückschritten und zu echten Verrottungserscheinungen wie der Anhäufung luxuriösen Reichtums durch Verarmung. Aus dieser Klemme gibt es keinen Weg als durch Formulierung sozialer Anforderungen mit Bezug auf die Institutionen der UNO und vor allem der EU.

In den jetzt anstehenden Wahlkämpfen wird die Linke in der BRD gut beraten sein, wenn sie dementsprechende Ansätze endlich mal hervorkramt und wahrnimmt. Denn ein „Gutes“ hat die ganze Entwicklung: Immer mehr Forderungen, von denen man dachte, sie wären bloß für ganz andere, Arme, sozial und demokratisch Zurückgebliebene usw. wichtig und in der BRD bedeutungslos, greifen plötzlich hier. Neben der Internationalisierung der sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen entwickelt sich, wir haben in dieser Zeitschrift oft davon gesprochen, eine Tendenz zur Aufweichung des nationalstaatlichen Vertretungsmonopols. Der politische Rahmen dafür ist die Politik „vor Ort“ und in den Kommunen. Der Kampf um den Ausbau der Aufgaben der Kommunen und um die Finanzierung der damit verbundenen Ausgaben ist wichtig, um gegen den Trend der Nationalisierung interkulturelle Solidarität zu kultivieren. Denn es darf nicht übersehen werden, dass die Auswirkung der wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in sehr hohem Maße bei der zugewanderten Bevölkerung ankommen. Die Repression der Armen, mit der die bürgerliche Gesellschaft spontan auf die Entwicklung von Armut reagiert, speist die Tendenz zum nationalistischen Kulturkampf. maf

Schwarz-Gelb: Was könnte kommen?

Tarifrecht & Betriebsverfassung & Kündigungsrecht

Hier liegen die Vorstellungen mit dem am 7. März 2004 von CDU und CSU beschlossenen „Wachstum für Deutschland“-Programm schon lange auf dem Tisch. In Gewerkschaftskreisen wird damit gerechnet, dass eine schwarz-gelbe Bundesregierung diese Vorhaben schon in den ersten 100 Tagen in Angriff nimmt, auch wenn die Arbeitgeberverbände, z.B. Gesamtmetall-Chef Kanne-gieser, und die Unionsspitze angesichts der heraufziehenden Wahlen jetzt Kreide schlucken und der Arbeitnehmerflügel der Union sich den Gewerkschaften als neuer „Helfer“ anbietet. In Wirklichkeit werden schon die Messer gewetzt. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und einer der Scharfmacher in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU bei diesem Thema, wird schon darauf achten, dass die Arbeitgeberwünsche vollstreckt werden.

Im Betriebsverfassungsgesetz soll ein neuer § 88a eingefügt werden, der „beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen“ zulässt, wenn sie „zugunsten des Arbeitnehmers“ sind und nicht über die Laufzeit des geltenden Tarifvertrags hinausgehen. Das wirkt auf den ersten Blick albern, schließlich können die Betriebe auch jetzt höhere Löhne als im Tarif vereinbart zahlen oder kürzere Arbeitszeiten bewilligen. Durch eine gleichzeitige Änderung des Tarifvertragsgesetzes wird aber deutlich, wohin der Hase läuft: Das dort verankerte „Günstigkeitsprinzip“ soll neu definiert werden. Künftig sollen auch niedrigere Löhne als im Tarifvertrag und längere Arbeitszeiten als „günstig“ gelten, wenn der Betriebsrat und zwei Drittel der Beschäftigten dem zustimmen, weil sie hoffen, so Entlassungen zu vermeiden.

In die gleiche Richtung geht die von Merkel angekündigte Änderung des § 77.3 des Betriebsverfassungsgesetzes. Damit sollen Betriebsräte die Möglichkeit erhalten, auch „betriebliche Tarifvereinbarungen“ zu treffen, also vom Flächentarif abweichende Regelungen zu treffen.

Damit vollstreckt und verschärft die Politik eine Tendenz, die schon bisher wirksam war. Denn zur wirksamen Verteidigung eines Flächentarifs müssen die Belegschaften und die Gewerkschaften auch bereit und in der Lage sein, Tarifbrecher, also Firmen, die unter Tarif zahlen, aus dem Markt zu drängen. Das aber ist in der Privatwirtschaft schon lange nicht mehr der Fall, vor allem nicht in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, wo für die meisten Be-

schäftigten gar keine Aussicht auf andere Jobs da ist. Die Gewerkschaften würden dort Panik, Entsetzen und Empörung unter ihren Mitgliedern auslösen, wenn sie eine solche Politik mit aller Konsequenz verfolgen würden. Also dulden sie und ihre Mitglieder in solchen Fällen ohnehin zähneknirschend – mal offen, mal unter der Hand –, dass unter Tarif gezahlt und gearbeitet wird.

Aber: Bisher konnten Gewerkschaftsmitglieder bei Tarifbruch ihres Unternehmens zumeist dagegen vor Gericht klagen, wenn sie wollten, und bekamen dann Recht. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifen – im Handel, Handwerk und Baubereich bisher ein gewisser Schutz – wird weiter abgebaut werden. Lohnraub und Mehrarbeit weit über die tariflichen Arbeitszeitschranken hinaus werden von der neuen Regierung legalisiert werden.



Das eröffnet den großen Konzernen neue Chancen, um z.B. die Preise ihrer Zulieferer zu drücken. VW etwa will jetzt mehr Teile in China kaufen. Künftig kann der Konzern hiesigen Zulieferern anbieten, weiter bei ihnen zu kaufen, wenn sie z.B. 30 Prozent billiger werden. Um die Beschäftigung zu retten, werden so die Belegschaften in Zulieferbetrieben nach Strich und Faden erpresst. Die ohnehin schon durch Massenarbeitslosigkeit und Agenda 2010 schwer bedrängten Flächentarife wären bei diesen Änderungen bald Makulatur. Übrig blieben wenige nach Tarif bezahlte Konzern-Belegschaften – Verhältnisse wie in den USA.

Gleichzeitig wollen Union und FDP rot-grüne Verbesserungen im Betriebsverfassungsrecht wie die Anhebung der Zahl der Betriebsratsmitglieder und niedrigere Schwellenwerte für Freistellungen wieder rückgängig machen.

Der Kündigungsschutz für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten soll ganz aufgehoben werden, vermutlich auch für neu eingestellte Arbeitslose über 50. Befristete Jobs sollen bis vier Jahre möglich werden, bei Leiharbeit

erst nach einem Jahr Leiharbeit in einem Unternehmen Anspruch auf gleiche Bezahlung entstehen.

Da die Einstufung der Gewerkschaften als „Plage“ von FDP-Chef Westerwelle bis heute nicht zurück genommen wurde, dürfte es nicht bei diesen Plänen bleiben. So will die FDP die Mitbestimmung in Großbetrieben auf eine Drittelbeteiligung der Belegschaft reduzieren, die Arbeitslosenversicherung auf private Versicherungen umstellen und die Teilzeit- und Befristungsmöglichkeiten noch weiter ausdehnen.

Energiepolitik

Hier hatte die Presse aus Anlass von Angela Merkels Auftritt auf der Jahrestagung des Verbands der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) teilweise von einer „180-Grad-Wende in der Energiepolitik“ phantasiert. Das dürfte weit überzeichnet sein. Sicher: Einen schnelleren Abbau der Kohlesubventionen wird es geben, und der Atomausstieg wird vorerst auf Eis gelegt. Neue Atomkraftwerke aber wird es kaum geben.

Denn die Stromproduktion in Deutschland stagniert seit Jahren. 1990 erzeugten deutsche Kraftwerke 566 Milliarden Kilowattstunden (KWh), 2004 waren es 570 Milliarden KWh. Energieeinsparung angesichts steigender Kosten und rückläufiger Reserven an nicht-erneuerbaren Energien (vor allem bei Öl und Gas) sind seit langem unbestrittene Rahmenbedingungen jeder Energiediskussion. Also geht es im Wesentlichen um die Modernisierung im Kraftwerksbestand, um mehr Effizienz bei der Stromproduktion, um weitere Energieeinsparung und um das Tempo dieser Entwicklung.

Hinzu kommt, dass die großen Konzerne längst in das Geschäft mit Ökostrom eingestiegen sind. Shell etwa investiert stark in Solar- und Windenergie, Siemens kauft Windkraftunternehmen, um schneller zu expandieren. Erst vor wenigen Tagen kündigten Shell und der Düsseldorfer Energieversorger EON an, vor der englischen Küste den größten Windpark der Erde aufzustellen zu wollen. Eine neue Studie der Columbia-Universität in den USA besagt, dass der gesamte globale Elektrizitätsbedarf durch große Windkraft-Parks preisgünstig gedeckt werden könnte.

Die Einspeisung erneuerbarer Energien – unter der Kohl-Regierung von 1 auf 7 Milliarden KWh gesteigert, dürfte in diesem Jahr auf 42 Milliarden KWh steigen, das sind etwa 8 Prozent der Stromerzeugung. Bis 2010 soll ihr Anteil auf 12,5 Prozent steigen, bis 2020 auf 20 Prozent. Diese Werte mögen unter Schwarz-Gelb etwas niedriger werden, umkehren werden sich diese Trends aber wohl nicht.

Ein Grund dafür sind die weiter steigenden Preise für Öl, Gas und Uran. Dieser Preisanstieg wird als irreversibel

beurteilt, vor allem wegen der Nachfrage in Asien. „Die Zeiten billigen Öls sind endgültig vorbei“, verkündet die Branche. Gas dito.

Bei Öl und Gas kommt das Problem der Versorgungssicherheit hinzu – die nicht erwünschte Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Persischen Golf oder den früheren GUS-Staaten. „Saudi-Arabien ist ein Pulverfass“, und „die größten Felder der Welt laufen (dort) nur noch unter Wasser-Injektion“, verbreitete etwa der Chef der „REpower AG“, des größten deutschen Windenergieunternehmens, Fritz Vahrenholt, am 5. Juni im Berliner „Tagesspiegel“. Seit 1998 gehört Vahrenholt auch dem Vorstand der Deutschen Shell AG an. Sein Fazit: Die Opposition solle ihre „Don-Quichotterien gegen Windkraftwerke beenden.“ Die Branche brauche einen „Energiekonsens“ und keinen Parteienstreit. „Wir müssen uns Zeit kaufen“.

Gemeint ist eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke von bisher 32 Jahre (Rot-Grün) auf künftig 40 Jahre. Das würde, da hat Trittin schon recht, Arbeitsplätze kosten, weil die Modernisierung der bestehenden Kraftwerke verschoben würde. Spätestens in acht Jahren, so Vahrenholt zur Begründung seines Vorschlags, sei Windenergie dann „der Billigheimer im Energiemix“. Daneben zeichneten sich bei Kohlekraftwerken „beträchtliche Innovationssprünge in den nächsten Jahren“ ab, so dass neue Kohlekraftwerke in

etwa diesem Zeitraum auch preislich wie umweltpolitisch vertretbar seien.

Tatsächlich fordert der VDEW zur Zeit im Wesentlichen eine längere Laufzeit für Kernkraftwerke und weniger Subventionen für Windenergie.

Sinkende Energiepreise sind trotzdem nicht in Sicht. Energieeinsparung bleibt also auf der Agenda, auch und vor allem im Wohnungsbestand.

Solar- und Biotechnologien sind ohnehin in den ländlichen Gebieten beliebt und deshalb auch in Unionskreisen weitgehend unumstritten. „Der Mix macht's“, verkündet deshalb das „Handelsblatt“ als die von der Wirtschaft gewünschte Energiepolitik (9.6.05).

Wachstum & Haushalt & Aufbau Ost

In der Wirtschafts-, Wachstums- und Haushaltspolitik hält sich die Union noch erstaunlich bedeckt, obwohl diese Themen doch angeblich Hauptthemen im kommenden Wahlkampf sein sollen. Vielleicht, weil sich spätestens im Wahlkampf herumsprechen dürfte, dass die Kanzlerkandidatin Merkel schon einmal Ministerin unter Kohl war, einem Kabinett, dass bekanntlich „blühende Landschaften“ im Osten versprach und damit nicht nur gewaltige Enttäuschungen bei den Menschen verursachte, sondern auch gigantische Fehlspekulationen auslöste, etwa im Immobilienbereich, an denen nicht nur Berliner, sondern auch bayerische und andere Banken bis heute schwer tragen.

Mehrwertsteuer rauf, Arbeitgeberbeiträge früher

Vor kurzem hatte die Union noch vollmundig die Senkung der Steuersätze für private Steuerzahler und Unternehmen, verbunden mit dem Abbau von Subventionen, verkündet. Inzwischen mehren sich die Stimmen, auch aus Kreisen der Länderfinanzminister, die der Union dringend von solchen Ankündigungen abraten. Schließlich müsse eine unionsgeführte Regierung die Neuverschuldung senken, und die Erosion der Steuerbasis und der Sozialversicherungseinnahmen dürfte angesichts des grassierenden Wegfalls regulärer Jobs in Zukunft eher noch schneller als in der Vergangenheit fortschreiten.

Ein weiteres Beispiel für die Schwänks der Union ist das Thema Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber. Konnten sich FDP, CDU und CSU noch vor Wochen nicht genug aufregen über die Absicht von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, dass Arbeitgeber ihre Sozialversicherungsbeiträge künftig zeitgleich mit den Löhnen zahlen sollen, so stimmt die Union dem inzwischen zu. 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen erwarten Bund und sämtliche Sozialversicherungen aus dieser Änderung im Jahr 2006.

Auch das beliebte Wahlkampffargument vom „Kassensturz“ stößt auf Widerspruch. Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte sei allgemein bekannt. Da die Unternehmen trotzdem



Die Typen der Herrschaft

Zwischen „legaler Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab“ und „plebiszitärer Führer-Demokratie“

Die Diskussion über die Legalität von Schröders Plan zur Herbeiführung von Bundestagswahlen ist ziemlich trocken, aber nicht unwichtig. Im Folgenden wird versucht, dem Zusammenhang dieses Coups mit der Demokratiefrage nachzugehen. Dabei wird auf Charakterisierungen aus Max Webers Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“ zurückgegriffen, das in Teilen vor dem Ersten Weltkrieg und in anderen kurz danach entstand, also im Angesicht von Systemwechseln und Revolutionen und im Vorfeld des Faschismus. Die Soziologie Webers ist in

Deutschland außerordentlich wirkungsmächtig gewesen und eröffnet, obwohl selbst nicht umstandslos lesbar, Zugänge zum Verständnis verwickelter politischer Vorgänge.

Der Versuch Schröders, seine verfallende Mehrheit durch vorzeitige Wahlen neu zu errichten, wird wahrscheinlich auf irgendeine Weise scheitern und mithin in unserer erfolgsorientierten Gesellschaft ohne stilbildende Kraft bleiben. Trotzdem lohnt es sich, über die mit dieser Taktik verbundenen Probleme nachzudenken. Sie entfalten sich zwischen den Polen einer legalen Herrschaft, in der die anordnende Person ihrerseits der unpersönlichen Ordnung gehorcht, an der sie ihre Anordnungen orientiert. Man spricht vom Rechtsstaat, in dem der Gehorchende nur als Staatsbürger gehorcht und nur „dem Recht“.

Der Träger der Herrschaft ist eingeeht und in seinen möglichen Ansprüchen durch die Rechtsordnung eingegrenzt. Der Herr wird zum bloßen Vorgesetzten. Demokratie, Entfaltung der Person, Gleichberechtigung, Emanzipation usw. können in dieser Ordnung durch Teilhabe an der Gesetzgebung verfolgt werden. Das gleiche Wahlrecht aller Bürgerinnen und Bürger ist dazu eine Voraussetzung, die programmatisch-sachliche Orientierung der Partei- und Wahlkämpfe der Weg.

In einem fühlbaren Gegensatz zu diesem grau in grau wirkenden Bild steht die politische Realität der BRD, deren Verfassung nach der Erfahrung mit umfassend bevollmächtigten Führern ziemlich streng rechtsstaatlich angelegt ist, in deren politischer Wirklichkeit Elemente einer „Führer-Demokratie“ mit plebiszitärem Einschlag zuhauf vorliegen. Das war schon in den fünfziger Jahren so, als Adenauer mit der Losung „Auf den Kanzler kommt es an“ in den Wahlkampf zog. Das ist seither dabei geblieben, so dass die Parteien regelmäßig mit „Kanzlerkandidaten“ den Wahlkampf führen, obwohl untereinander vollständig gleichberechtigte Abgeordnete gewählt werden, die Wählerschaft also keinerlei Einfluss darauf hat, wer Kanzler, Minister, Fraktions-

eine Senkung ihrer Steuern verlangen, deutet vieles auf eine Anhebung der Mehrwertsteuer hin – zumal auch in der SPD viele Stadtkämmerer und Landespolitiker auf solche Mehreinnahmen hoffen. Westerwelles vorlaute Ankündigung, mit der FDP werde es keine Steuererhöhung geben, dürfte nach der Wahl in irgendeiner Tonne versenkt werden.

Wachstumskrise und Innovation

Beim Thema wirtschaftliches Wachstum sind nicht nur die Union und die FDP, sondern auch die Wirtschaft ratlos. Neue Wachstumsbranchen zeichnen sich irgendwie nicht ab – im Gegenteil, alte Vorzeigebereiche gehen weiter nieder. Auf die Montan- und Werftenkrise und die Verlagerung fast der gesamten Schuh-, Textil- und Bekleidungsindustrie ins Ausland folgte der Niedergang der Foto- und Uhrenindustrie, der Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräteproduktion und jetzt womöglich der noch verbliebenen Herstellung elektrischer Haushaltsgeräte.

Der Ausstieg von Siemens aus dem Handy-Geschäft, die Qualitätsprobleme bei DaimlerChrysler und bei Zügen aus dem Hause Siemens – all das drückt ebenfalls die Stimmung. Irgendwie ist allen Beteiligten klar, dass die Innovationen voranschreiten, voranschreiten müssen. Aber zur Zeit verbindet alle Welt damit andere Namen: Nokia, Apple, Intel, Samsung, Sony oder Toyota.

Wo sollen sich also Wachstumsfelder

auffinden, mit denen zusätzliche Beschäftigung verbunden ist? Die Zukunft ist nicht nur unsicher, sie scheint zur Zeit zappenduster.

Also wird auch eine unionsgeführte Regierung – ähnlich wie die rot-grüne – versuchen, mit breitflächiger Förderung von Innovationen Wachstumserfolge zu erzielen. Tatsächlich gibt es ständig weitere Innovationen. Im gesamten Werkzeug-, Maschinen- und Anlagenbau, in dem hiesige Unternehmen immer noch technologisch weit vorne sind, im Verkehr und Kommunikationswesen, in der Medizin, im Bau, bei Konsumgütern – ständig kommen neue Produkte auf den Markt, werden neue Produktionsverfahren entwickelt.

Also sollen mehr staatliche Forschungsausgaben her, vermutlich auch mehr Innovationsförderung für die Wirtschaft, mehr Problem- und Lösungs-Transfer zwischen Wirtschaft und Hochschulen, allgemein eine bessere Ausbildung – immer verbunden mit der Hoffnung, dass so am Ende auch neue Produkte, neue Wachstumsbranchen entstehen oder bestehende Branchen schneller wachsen.

Sehr wahrscheinlich ist, dass besonders aus CSU-Kreisen auf staatliche Innovationslenkung gedrängt wird – Stichwort Airbus, Transrapid und ähnliches. Möglich ist, dass der gesamte Verkehrsbereich mehr Mittel erhält – neue Autobahnen, neue schnelle Zugverbindungen der Bahn usw. Angesichts der

fortschreitenden industriellen Arbeitsteilung innerhalb der größer gewordenen EU gibt es daran offensichtlich auch Bedarf, die wachsende Nachfrage nach innereuropäischen Billigflügen ist nur eines von vielen Beispielen dafür.

Nebenbei würde eine solche Politik auch die Beschäftigung in Bereichen wie Bau und Bahnindustrie sichern. Die Subventionierung einzelner Branchen im gewerblichen Bereich hat aber auch Grenzen, wie der Streit um die Airbus-Subventionen mit den USA zeigt.

Weniger Konsum, mehr Rüstung

Auf jeden Fall verkünden Stoiber und andere in Union und FDP, „rigoroses Sparen“ in allen konsumtiven Bereichen des Bundeshaushalts sei angesagt, bei Sozialleistungen, Renten usw., um den Haushalt zu sanieren und Mittel in investive Bereiche umleiten zu können. Sicher dürfte ein Anstieg der Rüstungsausgaben sein, schließlich ist die Sucht nach deutscher Großmachtpolitik bei Schwarz-Gelb mindestens ebenso groß wie bei Rot-Grün. Aber mit einer einfachen „Geiz ist geil“-Ökonomie und einer „billig, billig“-Politik bei Löhnen und Sozialleistungen wird die Union nicht viel Freunde gewinnen.

Zusätzliche staatliche Ausgaben sind sicher nötig im Bereich kommunaler Investitionen (Energie, Wasser, Abwasser), bei Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Wachsende Beschäftigung im Bau und dazu gehörenden Handwerk

vorsitzender usw. wird.

Dennoch sind die Benennung von Kanzlerkandidaten, Spitzenkandidaten usw. praktisch sehr wirksame Rituale; sie sind so wirksam, weil sie sich auf andere Formen der Herrschaft beziehen können, die zwar nicht in der deutschen Staatsverfassung, wohl aber in der politischen Tradition des Landes lebendig sind. Es geht dabei um „Führer-Demokratie“ in Verbindung mit „plebiszitärer Demokratie“.

In dieser Verbindung darf unter „plebiszitärer Demokratie“ keineswegs eine Einrichtung verstanden werden, in der, wie etwa in der Schweiz, Fragen der Gesetzgebung von den Wählerinnen und Wählern direkt entschieden werden. Es geht dabei ganz im Gegenteil um einen Akt nicht der Bindung des Herrn durch Recht und Gesetz, sondern um eine Ermächtigung zur Führung. Die führende Person, die Schwierigkeiten hat, ihr Gefolge zusammenzuhalten, wendet sich an das Volk, um sich ihre Führungsqualität bestätigen zu lassen. Es gibt staatliche Ordnungen, die ein solches Vorgehen ausdrücklich vorsehen, das Grundgesetz der BRD gehört aber nicht dazu. Zwar ist die Typologie der Führer-Demokratie in der politischen Ordnung der BRD auf vielfältige Weise angelegt, sie entwickelt sich in der Differenz zwi-

schen „Handeln nach Recht und Gesetz“ und „Entscheiden im Ermessensspielraum“, sie wird erkennbar, wenn dem Bundeskanzler eine „Richtlinienkompetenz“ zugeschrieben wird, aber: Wenn es um die Erneuerung des Mandates geht, sind ihr entsprechende Verfahren nicht vorgesehen.

Bei Schröders Entscheidung, Neuwahlen herbeizuführen, geht es ausdrücklich um die Erneuerung eines gefährdeten Mandats als Kanzler. Es geht um eine Ermächtigung zur Fortsetzung „seiner“ Politik, um seinen Führungsanspruch. Die angestrebte Wahl wird zum Plebiszit nicht über einen Komplex von Sachfragen, die Wählerinnen und Wähler würden eine Person mit dem Recht ausstatten, Gehorsam einzufordern. Von wem eigentlich?

Schröder sagt, und da lügt er nicht, dass ihm Teile der Partei hinderlich sind, und zwar so, dass sie ihm zwar in vielen Abstimmungen „mit Kanzler-Mehrheit“ folgten, aber nicht ohne durch verschiedenste Forderungen usw. seinen Entscheidungsspielraum so einzuengen, dass die Regierung das seiner Richtlinien-setzenden Meinung nach Nötige nicht tun kann. Die Presse registriert den Vorgang unter dem Stichwort Erpressbarkeit. Es geht Schröder, und hier muss man dann schon hinzufügen:

Müntefering, also ganz wesentlich um eine Disziplinierung der SPD,

Schröder verbirgt seine Führungsansprüche oft mit der Notiz, es gäbe zu seinen Zielen und Methoden keine Alternative. Wenn dieses Stichwort fällt, lohnt es sich immer, der Sache nachzugehen. Wie hätte die Alternative ausgesehen? Sie hätte so ausgesehen, dass die Regierung, die erkennt, dass sie in Sachfragen ihrer Politik den Rückhalt in der Bevölkerung verloren hat, genau diese Sachfragen zur Debatte stellt, erörtert, was an Änderungen nötig ist, und dann eine Mehrheit findet oder eben nicht. Wäre Schröder zum Beispiel nach dieser Wahl vor die Öffentlichkeit getreten mit einer Äußerung: „Hartz IV kann nicht bleiben, wie es ist“, hätte er vielleicht auch die Mehrheit im Bundestag verloren, und vielleicht wäre es auch zu Neuwahlen gekommen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wäre aber auf ein Thema gelenkt worden. Dazu hätte allerdings unvermeidlich das Eingeständnis gehört, sich in einigen Punkten geirrt zu haben. Ein derartiges Eingeständnis allerdings würde das Charisma dessen beschädigen, der es macht. Durch keine andere Eigenschaft kann diese geheimnisvoll Eigenschaft der Person so deutlich gemacht werden wie durch die Fähigkeit, die prinzipiell dunkle und un-

könnte durch Energiedämmung im Wohnungsbestand sowie bei der Verbesserung der kommunalen Straßen versucht werden. Aber das geht alles nur, wenn Bund und Länder tatsächlich in Größenordnungen Mittel aus ihren Budgets an die kommunale Ebene abgeben. Also wird es spannend werden, wie Union und FDP nach der Wahl beim Thema Föderalismus-Reform agieren. Die Zentralisten sind in beiden Parteien ebenso stark wie bei Rot-Grün.

Zu befürchten ist also eher eine weitere Austrocknung der kommunalen Finanzen – wegen weltpolitischer Ambitionen der Bundesregierung ebenso wie wegen der finanziellen Wünsche großer Konzerne und ganzer Branchen, die nur durch die Zentralebene bedient werden könnten.

Aufbau Ost – Zweifel an „Sonderwirtschaftszone“

Auch beim Thema „Aufbau Ost“ halten sich Union und FDP eher bedeckt. Bei der Diskussion um den Bericht der Dohnany-Kommission war gelegentlich die Schaffung von „Sonderwirtschaftszonen“ erörtert worden. Damit sind weitere Lockerungen im Kündigungsschutz und Arbeitsrecht speziell für die neuen Länder gemeint, noch einfachere Genehmigungsverfahren, noch weniger Arbeitsschutz sowie zusätzliche Steuerensenkungen für Unternehmen. Angesichts der anhaltenden Abwanderung von Frauen und jungen Menschen aus

den neuen Ländern sind aber selbst bei der Union die Bedenken groß, dass eine solche Billigstrategie am Ende nur weiter sinkende Einkommen, noch mehr Abwanderung und noch mehr Transferbedarf hervorruft.

Also stößt man beim Thema Aufbau Ost derzeit meist auf allgemeine Parolen wie „weniger konsumtive Ausgaben“, „mehr und länger arbeiten“, „mehr Investitionen“ und „noch mehr Export“, aber auf keine wirkliche Wachstumsstrategie.

Zu befürchten ist, dass der ohnehin schon umstrittene Verfassungsartikel, der die Politik zur Herstellung gleicher Lebenschancen verpflichtet, bald vollends unter die Räder gerät. Ohnehin kann die Politik dieses Ziel auch im Westen schon länger nicht mehr realisieren – siehe Bremen, Ruhrgebiet usw.

Hinzu kommt: Die im letzten Jahr in Kraft getretene EU-Osterweiterung drückt schon jetzt weiter auf Löhne und Beschäftigung in den neuen Ländern. Also dürfte die Union versuchen, sich beim deutschen Beitrag für den EU-Haushalt und beim Streit um weitere EU-Hilfen für die neuen Länder nationalistisch zu profilieren, um im Osten Wähler und Anhänger zu gewinnen. 2006 steht zudem die erste Überprüfung der Freizügigkeitsregeln für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern und der Verteilung der EU-Strukturfondsmittel für weniger entwickelte Regionen an. Also werden sich beide Parteien

beim Thema Europapolitik etwas einfallen lassen müssen.

Wachstum und Beschäftigung nur in einem wachsenden Europa?

Vermutlich wird sich dann herausstellen, dass eine Rückkehr zu Wachstum und mehr Beschäftigung in der Bundesrepublik nur möglich ist, wenn die gesamte Europäische Union wieder wirtschaftlich wächst. Europäische soziale Standards werden dafür aus gewerkschaftlicher Sicht immer wichtiger – siehe die Feinstaubrichtlinie, die Arbeitszeitrichtlinie oder die Anti-Diskriminierungs-Richtlinie. In der Mitgliederzeitung der Gewerkschaft „ver.di“ war deshalb ein „Nein“ in Frankreich zur EU-Verfassung schon vor Bekanntgabe des Ergebnisses als „Desaster“ eingestuft worden. Nun ist das Desaster da.

Aber auch Union und FDP werden nicht darum herumkommen, sich an der Debatte um eine Lösung der EU-Krise zu beteiligen. Bisher hört man zu diesem Thema von dort nur „Türkei raus!“ und weitere Abschottung. Das ist nicht nur nationalistisch, fremdenfeindlich und demagogisch. Mit einer Rückkehr der EU zu Wachstum und mehr Beschäftigung hat eine solche Propaganda auch schlicht nichts am Hut. *rül*

Quellen: Handelsblatt, 9.6. und 10./11.6.05, Tagesspiegel, 5.6. und 12.6.05; IGM-Dokumentation zu den Tarifrecht-Vorhaben von CDU/CSU vom April 2004; ver.di-Mitgliederzeitung „publik“, Ausgabe Juni/Juli 2005

deutliche Zukunft prognostisch auszu-leuchten. Der charismatische Führer zeichnet sich dadurch aus, dass er kommen sieht, was seine Gefolgschaft erst sehen wird, wenn es viel näher da ist. Kommt's anders, fühlt sich das Gefolge getäuscht. Schröder braucht diese Neuwahl, um dem Apparat in Partei und Regierung zu beweisen, dass er doch recht hat. Rationale Herrschaft, die nach Recht und Gesetz verfährt, hat einen bürokratischen Verwaltungstab geschulter Fachkräfte nötig. Dieser findet sich im Staatsapparat vor, aber nicht nur dort. Welche Kraft immer eine Auseinandersetzung mit einer konkreten Herrschaft sucht, wird zu diesem Zweck auf einen derartigen Verwaltungstab nicht verzichten können. In den Parteien, politischen Vereinen, NGOs usw. sammelt sich Kompetenz, sammeln sich Menschen, die auf dieses Herrschafts- und Verwaltungsgeschehen einwirken oder an ihm teilnehmen wollen. Sachalternativen werden entwickelt und Personen, die sie repräsentieren, treten hervor.

Die Bevölkerung kann auf das Geschehen in einer Art von zweistufigem Verfahren einwirken: Durch Teilnahme am Parteileben kann sie Einfluss nehmen auf die Bereitstellung inhaltlich-sachlicher und personeller Alternativen. In der Wahlentscheidung kann sie

beeinflussen, welche dieser Alternativen zur Mehrheit kommt. Die Einhegung der Herrschaft, ihre Eindämmung und Kontrolle setzt ein funktionierendes Parteileben voraus. Es gibt immer die Tendenz des „bürokratischen Verwaltungstables“, der sich in den Institutionen der Herrschaft festgesetzt hat, sich zu emanzipieren. In der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD ist dafür Einflussnahme auf die Aufstellung der Kandidaten auf den Landeslisten der Parteien zur Bundestagswahl der erfolgversprechende Weg. Der jetzt gewählte Weg des „kurzen“ Wahlkampfes verschiebt in allen Parteien die Machtgewichte bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten und der Ausarbeitung von Wahlprogrammen weg von den Parteimitgliedern, die Zivilgesellschaft repräsentieren, und hin zu Berufspolitikern.

Schröders kurzer Wahlkampf bewirkt so, dass die SPD-Landesverbände sich bei diesem Akt nicht langwierig mit den Meinungen aus der Bevölkerung auseinandersetzen und auf diese inhaltlich antworten müssen, sie können in dieser kurzen Zeit die entsprechenden Signale nicht erhalten und verarbeiten, schon gar nicht regierungskritische. Sie sind auf die Signale verwiesen, die von „oben“, aus den Sphären der Herrschaft

kommen, sowie auf zustimmende Signale aus der Bevölkerung. Die Partei, die ein Korrektiv zur Herrschaft sein kann, verliert an dieser Funktion, wird noch mehr, was sie immer auch ist: eine Maschine, die in der Bevölkerung die Weisheit ihrer Führung bekundet und bezeugt. Es liegt auf der Hand, dass in der Verbindung von „charismatischer Führung“, „Führer-Demokratie“ und „plebiszitärer Demokratie“ eine Führer-Diktatur angelegt ist. Im Übergang von der Weimarer Republik zur Hitler-Partei-Diktatur haben diese Beziehungen schlimme Rolle gespielt. Nach dieser für die ganze Welt traurigen Erfahrung wurde im Grundgesetz eine Reihe von Hürden gegen derartige Übergangsprozesse errichtet, die sich auch auf die Wahlgesetze und das Parteiengesetz auswirken. An diese Sperren und Hürden führt die Schrödersche Politik das ganze Land und alle Parteien heran, es droht ein Wahlkampf, dessen Sinn nur noch in der Ermächtigung einer Führungsperson und ihres Stabes besteht, dies um so mehr, als überzeugende Programme fehlen. *maf*

Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Studienausgabe, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1. Auflage 1921, 5. Auflage 1972. Kapitel III Die Typen der Herrschaft“

Steinbruch Sozialpolitik

Die Sozialhaushalte werden als Steinbruch für die Herbeischaffung von Geldmitteln für die erwähnten Staatsinterventionen betrachtet. Des Weiteren soll der ideologische Umbau fortgesetzt werden, der Eigenverantwortung des Individuums polemisch und abgrenzend gegen Solidarität setzt.

„Wer will, der kann“, und „wer nicht kann, der will eben nicht“ – so lässt sich vielleicht platt und verkürzt zusammenfassen, was die Leitlinie künftiger Sozialpolitik sein wird. Im Einzelnen:

Renten runter: Drohung und Verlockung für die künftige Generation

Klar weiß die Union, dass sie mit Plänen für eine Rentenkürzung keine Wahlen gewinnen kann. Deshalb wird jetzt über die Stiftung Marktwirtschaft erneut das Thema demografische Belastung in die Öffentlichkeit und Medien gebracht. Diese Stiftung, die sich bislang mit der Ausarbeitung eines Steuerkonzeptes und der Arbeitsmarktpolitik beschäftigte und der künftigen Regierung („egal wer sie stellt“, aber doch eher der Union und FDP) das als Stand der Wissenschaft anbot, hat jetzt den bisher für Rot-Grün tätigen Politikberater Raffelhüschen (u.a. Rürup-Kommission) angeworben, der das Gebiet der Sozialpolitik (Renten, Gesundheit, Pflege) beackern soll. Gestartet ist dieser Professor mit den Meldung: „Länderhaushalte wegen Pensionslasten vor dem Kollaps“. Er propagiert das Konzept der „Generationengerechtigkeit“, man dürfe heute keine Verpflichtungen eingehen, die die künftige Generation belasten.

Hört sich gut an, aber abgesehen davon, dass niemand die Zukunft komplexer System vorhersagen kann und es immer anders kommen kann, als man denkt, geht es ja um die harte Realität der Gegenwart: Den heutigen Rentnern und Pensionären wird ein gewisser Bestandsschutz zugesagt, denn sie sind Wähler und das eher fürs konservative Lager. Für die Jüngeren wird das Szenario „stärkere Eigenverantwortlichkeit“ entworfen. Das hat ökonomische und ideologische Vorteile. Ökonomisch entlastet eine verringerte Altersvorsorge in die gesetzliche Rentenversicherung die Lohnkosten. Der besser verdienende Teil der Gesellschaft hat eine breitere Palette von Vorsorgemöglichkeiten, die er unter Umständen auch als Verbesserung sehen wird, vor allem wenn das gepaart mit etwas mehr Risiko lukrativer sein wird als die weitgehend gefloppte Riester-Rente. Und der Rest der Gesellschaft wird sich daran

gewöhnen, dass es wie in jüngeren Jahren auch im Alter weitergehen wird: Knappste Staatszuschüsse und Zuverdienste aller Art sichern so lala die Existenz.

Was die Beamtenpensionen anbelangt, wird es auch hier künftig vermutlich Elemente einer Eigenversorgung geben; dagegen eine „Bürgerversicherung“ unter Einschluss der Beamten eher nicht, weil die Kosten für eine solche Umstellung laut Sachverständigen zu hoch sind.

Gesundheit: Balance zwischen Eigenverantwortung und Versorgung wird in Richtung Markt gekippt

Die untergehende rot-grüne Regierung hat im Bereich der Absicherung gegen Krankheit eine Politik begonnen, die unter dem Titel „Fehlsteuerungen korrigieren, Qualität verbessern“ die Gewichte in Richtung eigene Verantwortung für den gesundheitlichen Zustand des Einzelnen verschoben haben – ob das nicht kühn genug war oder schon zu weit ging, ist noch nicht zu beurteilen, die Ergebnisse solcher Umsteuerungen sind manchmal erst nach einigen Jahren festzustellen.

Die Union will jedenfalls härter in Richtung Marktsteuerung des Gesundheitssektors. Für die Pflegeversicherung, einen wichtigen Teil der Gesundheitsvorsorge, wird das Modell einer kapitalgedeckten statt umlagefinanzierten Versicherung angestrebt, wobei jeder verpflichtet ist, eine Mindestabsicherung abzuschließen, die aber ergänzt werden kann durch zusätzliche Risikoabdeckungen bei entsprechend höheren Beiträgen.

Auch das immer noch als Beschlusslage der Union geltende Modell der Gesundheitsprämie zur Finanzierung der übrigen Gesundheitskosten ist eine Vorbereitung in diese Richtung. Jeder soll einen einheitlichen Beitrag zahlen, der Arbeitgeberbeitrag wird eingefroren und die Kassen sollen über Beitragshöhe und Leistungen in Wettbewerb treten.

Arbeitsamt abschaffen?

So radikal spricht zwar nur die FDP, die die Bundesagentur für Arbeit als Einrichtung der Arbeitsvermittlung für überflüssig hält. In der CDU wird betont, der Beitrag müsse runter gefahren werden durch Beschränkung bei den Aufgaben, vor allem Umschulungen, Förderung von Ich-AGen und ähnliches sollen abgeschafft bzw. eingeschränkt werden. Verbunden mit den Plänen, die Verwaltung von Langzeitarbeitslosen vollständig zu kommunalisieren (siehe unten), läuft das faktisch auf das hinaus, was die FDP lautstark propagiert, nämlich Beschränkung der Bundesagentur auf eine reine Arbeitslosenkasse. Angesichts der tatsächlich mageren

Leistungen der Bundesagentur dürfte der Widerstand gegen einen so gearteten Umbau der Arbeitslosenkasse sich in Grenzen halten.

Hartz IV wird fortgesetzt

Unter dem Titel „Existenzgrundlagen-gesetz“ oder so ähnlich wird unter einer Unions-/FDP-Regierung das Projekt Hartz IV fortgesetzt werden. Übereinstimmend erklären Koch, Stoiber und andere, dass es bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bleiben wird, schließlich hatte ja auch die Union im Bundesrat den entsprechenden Änderungen im Sozialgesetzbuch zugestimmt. Mit der Forderung nach Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Beschäftigte, die ansonsten vermutlich gerichtlich erzwingen würde, lässt sich was fürs soziale Image tun.

Ansonsten wird aber an den Steuerungsschrauben und -schraubchen gedreht. Bereits nach einem halben Jahr lässt sich sagen, dass der Druck, der durch die Arbeitsmarktreformen in Richtung Niedriglohnsektor erzeugt wird, den Unions- und FDP-Politikern nicht weit genug geht.

Der hessische Ministerpräsident Koch hat jetzt wieder einen alten Vorschlag ins Gespräch gebracht. In der Zeitschrift „Capital“ äußerte er: „Ein zentraler Punkt ist auch, den Menschen Arbeit zu beschaffen, die auf dem freien Markt keine Chance mehr auf ein Einkommen haben, das zum Leben reicht.“ Gefragt, ob das so eine Art negative Einkommensteuer sei, „also eine Kürzung der Grundsicherung für Arbeitslose, dafür aber höhere Möglichkeiten zum Hinzuverdienst“ – antwortete Koch: „Richtig. Wir müssen dazu die Betreuung von Langzeitarbeitslosen den Kommunen übertragen. Und wir brauchen ein staatliches Angebot an Jobs für besonders gering Qualifizierte. Bei allen Schwierigkeiten ist das viel besser, als Transfers fürs Nichtarbeiten zu überweisen.“

Die Übertragung der vollständigen Zuständigkeit für die Langzeitarbeitslosen an die Kommunen, ohne diesen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, bringt Geld in den Bundeshaushalt für die vorgesehenen Staatsinterventionen in Infrastruktur und Rüstung. Übrigens würde auch im Falle einer künftigen Regierungsbildung in anderer Konstellation, die zwar unwahrscheinlich scheint, nicht viel was anderes geschehen, denn der Glaube, dass nur die Drohung mit Armut und die Ausgrenzung der Armut, gesellschaftliches Wachstum schaffen kann, ist in der herrschenden Politik immer noch ungebrochen. *alk*

Quellen: www.cdu.de, www.stiftung-marktwirtschaft.de

Entfesselte Außenpolitik

Auf der Ebene der Diplomatie hat die Krise der EU ihre Schatten lange vorausgeworfen. Vor noch nicht allzu langer Zeit war mit Blick auf die Reform der UNO ein gemeinsamer ständiger Sitz der EU im Sicherheitsrat in der Debatte. Erst vor wenigen Tagen, am 9. Juni, hat auch das Europaparlament in einer Entschließung zur Reform der UNO neben anderem einen ständigen Sitz für die EU angeregt. Diese Bestrebung und die damit verbundenen Vorstellungen sollen an dieser Stelle nicht bewertet werden. Tatsache ist, dass Rot-Grün stattdessen einen deutschen ständigen Sitz im Sicherheitsrat verfolgt. Schröder/Fischer forcierten diese Politik trotz abratendem Warnen aus der konservativen Ecke. Bei der CDU/CSU hatte man mit Kohl die Meinung vertreten, ein solcher Sitz werde einem geduldenen Deutschland zufallen.

Mit einem deutschen Veto-Recht im Sicherheitsrat würde die Nachkriegsordnung von Potsdam obsolet; die in der UN-Charta verankerte Feindstaatenklausel, die die Möglichkeiten Deutschlands zu Militäreinsätzen einengt, wäre ausgehebelt, Deutschland hätte sich der letzten Fesseln, die ihm nach der Niederlage des faschistischen deutschen Reiches auferlegt waren, entledigt.

Der rot-grüne Bundesregierung ist es gelungen, ihrem Anspruch auf einen ständigen Sitz dadurch Nachdruck zu verleihen, dass sie ihre Forderung mit denen anderer, namentlich Japans, weiter Indiens und Brasiliens, verband. Wie berichtet (PB 11/05, S. 3), haben die Vier einen gemeinsamen Resolutionsentwurf für die UN-Generalversammlung eingebracht, mit dem sie ihren Anspruch bekräftigen, Veto-Recht eingeschlossen.

Inzwischen haben die USA dem deutschen Begehren die Zustimmung so offensichtlich nicht erteilt, dass die Kampagne als gescheitert betrachtet werden könnte. Doch dem ist nicht so. Zunächst haben die Vier einen abgeschwächten Resolutionsentwurf vorgelegt; demzufolge sollen die neuen ständigen Mitglieder zunächst, d.h. 15 Jahre lang, nicht über ein Veto-Recht verfügen. Diesen abgeschwächten Resolutionsentwurf wollen sie im Herbst zur Abstimmung bringen. Angeblich hätten, werden „Diplomatenkreise“ zitiert, rund 100 UN-Mitglieder bereits Zustimmung signalisiert. Die UN-Generalversamm-

lung kann diese Resolution annehmen, dann nämlich, wenn zwei Drittel der 191 UN-Mitglieder – also noch etwa 30 mehr als die angeblichen 100 – ihr zustimmen; hier könnten die ständigen Sicherheitsrats-Mitglieder auch kein Veto einlegen. Erst im nächsten Schritt – bei der Ratifizierung der Entscheidung der Generalversammlung, für die ebenfalls eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist – könnten die Veto-Mächte die das Vorhaben blockieren, dann nämlich, wenn sie oder eine von ihnen die Ratifizierung verweigert (ND, 26.5., Hans Voß, Gebremste Vetomacht der USA).

Rot-Grün scheint, anders lässt sich das Vorgehen nicht interpretieren, eine enorme Verschärfung des Konflikts mit den USA in Kauf zu nehmen. Angeblich sollen Frankreich und Großbritannien dem Resolutionsentwurf und der Kandidatur der vier Staaten zustimmen und Russland zuletzt Unterstützung für einen deutschen Sitz signalisiert haben. China hingegen hat sich gegen einen



„Die Bundeswehr ist immer dann zur Stelle und geht dorthin, wo Gefahren für die Weltgemeinschaft, für Europa und für Niederlande erwachsen.“ Struck am 8.6.

Sitz für Japan ausgesprochen. Ein weiteres Ergebnis des deutschen Vorstoßes ist die Verschärfung der komplizierten Situation zwischen Japan und China, die diesen Ländern schwerer macht, die Vergangenheit zu verarbeiten.

Auch wenn die Bestrebungen, einen deutschen Sitz zu erreichen, letztlich nicht zum Erfolg führen, macht allein schon die dreiste Hartnäckigkeit, mit der das Ziel verfolgt wird, deutlich, dass angemessene Konsequenzen nicht zu erwarten sind. Tatsächlich steht der UN-Vorstoß im Zusammenhang einer breit angelegten Kampagne zur Umwertung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Ein anderer Strang dieser Kampagne – hier lautet das Stichwort: Unrecht der Vertreibungen, Benesch-Dekrete – wird vorrangig vom konservativen und rechten Lager getragen, reicht aber auch weit ins rot-grüne Lager. Die Auseinandersetzung um das „Unrecht der Vertreibungen“ ist ein Mittel zur Delegitimierung der Nachkriegsordnung, die große Umsiedlungen vorsah. Vor allem der bayerische Ministerpräsident Stoiber versucht beharrlich, Tschechien unter Kuratel zu krie-

gen. Wenn sich die nächste Bundesregierung die von Stoiber vertretene Politik zu eigen macht, baut sich ein gefährliches Bedrohungspotenzial für die osteuropäischen Länder auf.

Leider geht es keineswegs um diplomatische Winkelzüge. Auch das macht der deutsche UN-Vorstoß und die Reaktion von Rot-Grün auf Hindernisse und Schwierigkeiten deutlich. Während nämlich die SPD angeblich eine Grundsatzdiskussion über den Fortbestand der Wehrpflicht führt, haben sich Schröder und Struck definitiv geäußert, zuletzt bei den Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr am 7.6.05, als beide die Bedeutung der Wehrpflicht herausstrichen. Auch hat Verteidigungsminister Struck die quantitative und qualitative Ausweitung von Bundeswehreinheiten angekündigt, und er betreibt sie. Es sieht so aus, als wolle die BRD ihre Weltgeltung auf den Schlachtfeldern verdienen.

Zweitens geht es darum, sich nach Osten hin als Ordnungsmacht zu entwickeln.

Die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht, die CDU/CSU übrigens ausdrücklich zum Wahlkampfthema machen wollen, ist gerade im Hinblick auf „Ordnungsfunktionen“ in der östlichen Nachbarschaft wichtig. In diesen Zusammenhang gehören auch die Bestrebungen – der SPD und noch mehr der CDU/CSU –, den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu erleichtern und die verschiedenen Gewaltapparate – Geheimdienste, Polizei, Militär – zu vernetzen. Hier sind Gesetze in Planung.

Aus dieser Aufstellung, die die jetzige Bundesregierung betreibt und die die kommende Bundesregierung wohl noch forcieren wird, wird eine Lagebeurteilung erkennbar. Man geht offensichtlich von lang andauernden Auseinandersetzungen aus, Auseinandersetzungen an den weiten Grenzen der EU, in denen es hauptsächlich um die Grenzziehung zur islamischen Welt geht, um ihre Unterwerfung und Kontrolle.

Diese aggressive, militarisierte Außenpolitik hat ebenfalls ihre innere Seite. Mit der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft zu Beginn der rot-grünen Regierung setzte eine Verschärfung des Kulturkampfes ein, die sich heute fortsetzt in der Frage des Türkei-Beitritts und der damit verbundenen Frage nach der Stellung der Migranten mit muslimischem Hintergrund in der BRD und der EU.

Friedenspolitik muss sich diesen Zusammenhängen stellen. Sie muss sich den Versuchen der Delegitimierung der Nachkriegsordnung entgegenstemmen, die Politik der Verweigerung stärken, Positionen zur Entwicklung des Völkerrechts und der UNO ausarbeiten. Und sie muss sich auch mit der Politik der Abgrenzung und Ausgrenzung im Kulturkampf auseinandersetzen. scc

Öcalan fordert Prozess vor internationalem Gericht

Die Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ meldete jetzt, dass sich Öcalan nach einem Besuch seiner Anwälte entschieden habe, keine Wiederaufnahme seines Prozesses in der Türkei zu beantragen. Wie berichtet, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Öcalan sein Urteil am 12. Mai verkündet und im Wesentlichen ihr Urteil aus vorheriger Instanz bestätigt, wonach Öcalan keinen fairen Prozess erhalten hat. Neu war jedoch die Empfehlung, die Türkei solle das Verfahren gegen Öcalan erneut verhandeln.

Öcalan selbst konnte sich erst verspätet zu dem Gerichtsurteil des EGMR äußern, da seinen Anwälten über drei Wochen hinweg der Besuch willkürlich verweigert wurde. Das Zusammentreffen vor einer Woche wurde erstmals von einem Vertreter der Staatsanwaltschaft begleitet, der das gesamte Mandantengespräch aufzeichnete, wogegen sowohl Öcalan als auch seine Anwälte protestierten. Indes kündigten die Anwälte des Kurdenführers an, dass man nicht daran denke, sich zum Werkzeug einer Farce zu machen, weshalb man auf Wunsch ihres Mandanten die Besuche bis auf weiteres einstelle. Laut Erklärung seiner Anwälte sehe Öcalan in der Türkei die Voraussetzungen für ein faires Verfahren nicht gegeben. Er könne nur einem Verfahren zustimmen, das die Vergehen aller am Konflikt beteiligten Seiten mit einbezieht. Das sei jedoch derzeit nicht zu erwarten. Nur ein Prozess vor einem internationalen Gericht könne ein faires Verfahren gewährleisten. Inwieweit sich dies juristisch verwirklichen lässt, wird sich herausstellen müssen. Das hängt letztendlich auch vom politischen Willen der internationalen Staatengemeinschaft ab, zur Lösung der kurdischen Frage beizutragen. Deutlich geworden jedoch ist, dass Recht nicht die Politik ersetzen kann, wie dies am Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall Öcalan zu sehen ist. Die internationale Staatengemeinschaft ist gefragt, die Türkei zu einer konstruktiveren Haltung gegenüber der kurdischen Frage anzuhalten. Die Toten der letzten Tage haben jedenfalls gezeigt, dass sich das Problem nicht von selbst löst. Internationale Anstrengungen und politischer Druck sind von Nöten, um einen noch lösbaren Konflikt nicht ausufern zu lassen. Die Lösung der kurdischen Frage muss zu einem Kriterium für eine eventuelle EU-Mitgliedschaft der Türkei werden. Der Fall Öcalan ist ein Teil davon. Ein Verfahren vor einem internationalen Gericht, das die Hintergründe des Konfliktes mit einbezieht, wäre demnach ein wichtiger Beitrag.

Zusammenstellung: scc



Südkorea. Das Arbeitsministerium weigert sich, der zum Gewerkschaftsverband KCTU gehörenden Migrantengewerkschaft MTU die Zulassung zu erteilen, obwohl der Oberste Gerichtshof 1997 geurteilt hat, dass jedem Arbeiter, unabhängig von seinem legalen Status, die grundlegenden Rechte zustehen, auch das Recht, sich zu organisieren. Seit 1990 hat Südkorea in großem Umfang Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern importiert, die zu Billigstlöhnen arbeiten. Dabei wurden die ohnehin harten Einwanderungsgesetze im August 2004 weiter verschärft, z.B. die Beschäftigung von Wanderarbeitern bei einem Arbeitgeber auf drei Jahre beschränkt. Diese Einwanderungspolitik führt dazu, dass 80% der Arbeitsmigranten „illegal“ sind. Am 24.4.05 wurde die MTU gegründet, indem sich die Wanderarbeitersektion der KCTU mit anderen Wanderarbeiterorganisationen zusammenschloss. Die MTU fordert u.a. die Legalisierung aller „Illegalen“. Mitte Mai war der aus Bangladesh stammende Vorsitzende der MTU von 20 Polizisten verhaftet und in ein Auslieferungslager gebracht worden unter dem Vorwand, sein Visum sei abgelaufen. Das Bild zeigt eine von zahlreichen Protestaktionen vor der Einwanderungsbehörde. Die MTU will Protest bei der ILO einlegen. Südkorea hat bereits acht führende Funktionäre der Migrantengewerkschaft abgeschoben. (Quellen: Indymedia Südafrika, Welt in Umwälzung, www.umwaelzung.de)

Indonesien: Hotelarbeiter kämpfen für gewerkschaftliche Organisation

Im Oktober 2003 hatten Beschäftigte des Hotels Sofitel in Jakarta eine Gewerkschaft gegründet. Das Hotel wird von einem lokalen Besitzer als Lizenzbetrieb des weltgrößten Hotelkonzerns Accor geführt. Als die Gewerkschaft zu Beginn des Jahres die Aufnahme von Verhandlungen über einen Tarifvertrag forderte, reagierte die Geschäftsleitung mit einer klassischen Kampagne zur Zerschlagung der Gewerkschaft. Wiederholt versuchte sie, den Gewerkschaftsvorsitzenden und seine Stellvertreter zu entlassen, zwang die Beschäftigten, einer flugs von ihr gegründeten Vereinigung beizutreten, die dann als „Gewerkschaft“ registriert wurde usw. Die IUL (Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften) wies daraufhin Accor auf eine 1995 unterzeichnete internationale Vereinbarung über Gewerkschaftsrechte hin, mit der sich der Hotelkonzern verpflichtet hat, dass diese Rechte von allen Hotels eingehalten werden, die einen Namen des Konzerns führen. Accor hat daraufhin angekündigt, die Lizenz zu kündigen. Damit ist

der Kampf der Beschäftigten für ihre gewerkschaftlichen Rechte jedoch nicht erledigt. Die IUL führt eine internationale Kampagne zur Unterstützung der Sofitel-Beschäftigten durch. (Quelle: iuf.org/de)

12.6.: Welttag gegen Kinderarbeit

Viele hundert Kinder und Jugendliche demonstrierten am 12. Juni in der Hauptstadt von Bangladesh gegen die Ausbeutung von Kinderarbeit. „Wir wollen ein Kinderarbeit-freies Bangladesh“, „Erwachsene wollen Arbeiten, Kinder in die Schule gehen“, stand auf ihren Transparenten. Allein in Bangladesh arbeiten über fünf Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren z.B. in der Chemie- oder Textilindustrie. Eine Statistik hält fest, dass es in diesem Land 430 Formen von Kinderarbeit gibt, von denen 67 überdies besonders gefährlich sind. Ein junges Mädchen schilderte ihre Lage: Um ihre Eltern, die als Dienstmädchen und Rikschafahrer nicht genug zum Leben verdienen, zu unterstützen, arbeitet sie ohne Urlaub und zehn Stunden am Tag für umgerechnet 4 Dollar im Monat in einer Plastikfabrik. (Quelle: www.labourstart.org)

JENA. Mehr als 8.000 Menschen haben am 11.6.2005 in Jena gegen eine Veranstaltung brauner Gruppen protestiert – und deren Verlegung erzwungen. Ein gigantischer Flop für NPD und den ‚Nationalen Widerstand Jena‘. Europaweit hatten sie für ein ‚Fest der Völker‘ geworben. Erst strichen Gerichte den Rechtsaußen den städtischen Marktplatz als Veranstaltungsort (den dann Gegengruppen in Beschlag nahmen), dann blockierten mehrere Tausend Demonstranten aus der gesamten Bürgerschaft Jenas auch die Ausweichplätze in der Innenstadt. Sie protestierten in vielfältiger Form gegen Rassismus und faschistisches Denken. Die Folge: die kaum mehr als (nur) 350–450 ange-reisten Rechtsaußen wurden schon am Vormittag in den kilometerweit entfernten Jenaer Stadtteil Lobeda umgeleitet. Dort fand das Nazitreffen isoliert auf einem Parkplatzgelände nahe eines Baumarktes statt. Dieses Gelände wurde hermetisch abgeriegelt, so dass auch kaum noch Gegendemonstranten dorthin gelangen konnten.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de



Bilder: Black red press <http://de.indymedia.org>

Dringlichkeitskampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen

NEUSTADT/WEINSTRASSE. Mit einem Brief wandte sich Bürgermeister Tadatoshi Akiba aus Hiroshima zum Ende der gescheiterten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York an sechs deutsche Kollegen in Vaihingen/Enz, Bretten, Neustadt/Weinstrasse, Ramstein, Kirn und Büchel. Er lud die Bürgermeister der Städte entlang des für den 6. August geplanten Radmarathons „Pacemakers“ ein, Mitglied in der Vereinigung „Mayors for Peace“ zu werden und teilzunehmen an der Dringlichkeitskampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020. In „Mayors for Peace“ sind bislang 1036 Mitgliedsstädte aus 112 Ländern und Regionen vertreten. „In Deutschland haben wir 176 Mitgliedsstädte, darunter Berlin, München und Stuttgart“ so Akiba. „Helfen Sie uns, daran zu arbeiten ein Jahrhundert des Friedens und der Menschlichkeit zu schaffen“ so Akiba weiter. Das Scheitern der Konferenz vor Augen schrieb Akiba: „Die Welt ohne Atomwaffen und jenseits von Krieg, nach der wir uns so lange sehnen, scheint tiefer unter eine dicke Decke aus dunklen Wolken abzusinken, dass wir jederzeit befürchten, sie könnten schwarzen Regen bringende Atompilze werden. Der Atomwaffensperrvertrag, die zentrale internationale Übereinkunft, welche die Beseitigung von Atomwaffen begleitet, ist am Rande des Scheiterns. Selbst wenn der Atomwaffensperrvertrag noch weitere fünf Jahre fortbesteht wäre das nicht genug, die nukleare Bedrohung zu bannen, die sich über unseren Städten erhebt. Das Ende des Kalten Krieges schuf die Bedingungen zur atomaren Abrüstung. Das Versagen der Atommächte, diese Gelegenheit zu ergreifen, hält die Möglichkeit einer Katastrophe

weiterhin aufrecht. Weil die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt aufgeschoben ist, werden Leben und Existenz unserer Bürger Tag für Tag unnötig aufs Spiel gesetzt. Die Himmel werden nur aufklaren, wenn niemand mehr die Möglichkeit hat, Atomwaffen zu benutzen, seien es Terroristen oder irgend jemand anderes.“ www.pace-makers.de
www.atomwaffenfrei.de

Kongress McPlanet endet mit Aktion gegen Ausverkauf des Planeten

HAMBURG. Die Politik muss den Welt-handel von Grund auf ökologischer und sozialer gestalten, KonsumentInnen müssen mehr Politik mit dem Einkaufskorb betreiben und Konzerne müssen globale Verantwortung übernehmen. Mit diesem Aufruf endete am 5. Juni 2005 der dreitägige Kongress „McPlanet.com – Konsum. Globalisierung. Umwelt“. Zu diesem Kongress von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie waren 1500 TeilnehmerInnen in die Universität Hamburg gekommen. In der gemeinsamen Abschlussaktion stellten Hunderte KongressteilnehmerInnen am Internationalen Tag der Umwelt einen schwarz-weißen Strichcode, wie er zur Warenkenn-

zeichnung eingesetzt wird (siehe Bild). Unter dem Motto: „Mehr leben, weniger kaufen!“ protestierten sie damit gegen den Konsumwahn und ermutigten Konsumenten zu einem nachhaltigen Lebensstil. Dem Credo „Konsumiere viel, damit die Wirtschaft wächst“ setzten die Aktivisten entgegen: „Kaufe nicht, was du nicht brauchst“ und „Kaufe nur, was nachhaltig produziert und fair bezahlt wurde“. In sieben großen Panels und rund 80 Foren, Workshops und Philosophischen Salons diskutierten die TeilnehmerInnen über Konsum zwischen Freiheit und Verführung und über die Grenzen des globalen Handels. Unter dem Motto „Die Umwelt in der Globalisierungsfalle“ hatten die gleichen Träger 2003 in Berlin den ersten „McPlanet.com“-Kongress veranstaltet. www.mcplanet.com

Bundesweit große Demonstrationen für eine freie Bildung

HANNOVER. Über 20.000 Studierende haben am 2. Juni 2005 in fünf Städten für eine freie Bildung und gegen Studiengebühren demonstriert. Allein zur „Norddemo“ in Hannover kamen rund 10.000 Menschen. „Die Solidarität zwischen Studierenden unterschiedlicher Hochschulen und Bundesländer ist beachtlich“, berichtet Nele Hirsch, die in der bundesweiten Studierendenvertretung fzs aktiv ist.

Die Studierenden wehren sich nicht nur gegen drohende Studiengebühren. Auf Kritik stößt auch der massive Demokratieabbau an den Hochschulen und die angekündigten Einschränkungen bei den schon bisher nur unzureichenden BAföG-Regelungen. Zudem wehrt man sich gegen die Einschränkung von Studien- und Wahlmöglichkeiten, die unter dem Deckmantel der Europäisierung immer weiter vorangetrieben wird. Steffi Geyer vom fzs:



„Indem der Bachelor zum Regelabschluss erklärt wird und Zugangshürden zum darauf folgenden Masterstudium aufgebaut werden, sind zahlreiche Studierende gezwungen, die Hochschulen schon nach sechs Semestern wieder zu verlassen. Das Masterstudium soll dann nur noch einer kleinen „Elite“ vorbehalten bleiben“.

Mit ihren Protesten richten sich die Studierenden längst nicht nur gegen die Entwicklungen an den Hochschulen – und sie sind mit ihrer Kritik auch nicht allein. So kamen auf den Kundgebungen mehrere Rednerinnen und Redner aus SchülerInnenvertretungen oder Gewerkschaften. Sie sicherten den Studierenden ihre Unterstützung für die anstehenden Proteste zu und forderten ein gemeinsames Vorgehen gegen Bildungs- und Sozialabbau. Die Proteste halten an. www.kein-spiel-mit-bildung.de

Keine Lehraufträge mehr für Rabehl

BERLIN. Das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin will vom Wintersemester an Lehrangebote des umstrittenen Politologen Bernd Rabehl ablehnen. Juristisch könne ihm die Lehrbefugnis nur schwer entzogen werden, so Institutsleiter Bodo Zeuner. Die Entscheidung von Bodo Zeuner wird vom Fachbereichsrat unterstützt. Rabehl hatte in in einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ rechtsradikale Positionen vertreten.

Ursprünglich hatte man am OSI angestrebt, Rabehl die Lehrbefugnis ganz zu entziehen, doch scheint der Entzug der Lehrbefugnis mit großen juristischen Hürden verbunden zu sein. Die Rechtsabteilung der Universität prüft diese Möglichkeit allerdings weiterhin. Derzeit unterrichtet Rabehl eine kleine Zahl von Studenten, die im Sommer ihre Prüfung ablegen wollen. Ihr Anspruch auf wissenschaftliche Betreuung bleibt unberührt von den weiteren Schritten der Hochschule gegen den umstrittenen Hochschullehrer.

Bernd Rabehl, einst ein enger Weggefährte von Rudi Dutschke, fiel bereits Ende der 1990er-Jahre mit rechten Positionen auf. Studenten der FU forderten schon 1999 nach einem Vortrag Rabehls vor der als rechtsextrem eingestuften „Burschenschaft Danubia“ seine Entlassung. In dem aktuellen Interview mit der „Deutschen Stimme“ äußerte Rabehl Sympathie für nationale Anliegen sowie den NPD-Gründer Adolf von Thadden. Die NPD beschrieb er als Nachfolger der Apo und daneben sprach er von herrschenden Machtgruppen, die „letztlich gegen eine unkontrollierte Zuwanderung nichts unternehmen, um eine Paralyse der europäischen Völker zu erreichen“.

„Mit Ihrem Bekenntnis zur NPD und deren völkisch-nationalistischen Gedankengebilden haben Sie Positionen

bezogen, die außerhalb des Konsenses stehen, der die Lehrenden am Otto-Suhr-Institut verbindet“, schrieb Bodo Zeuner in einem offenen Brief an Rabehl. www.idgr.de



NEIN zur Privatisierung – Klinika sind Allgemeingut!

MARBURG. Etwa 2.500 Menschen protestierten am 20. Mai gegen die geplante Privatisierung der Uniklinika Gießen und Marburg (siehe Bild). ver.di und DGB hatten aufgerufen. Tenor der Transparente und Reden: die gesamte Region ist betroffen, Arbeitsplätze sind in Gefahr, ebenso die gesundheitliche Versorgung. Klinika, Forschung und Lehre müssen in öffentlicher Hand bleiben! Einstimmig beschlossen am 1. Juni die im Regionalverband Mittelhessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zusammengeschlossenen Hochschulbeschäftigten, Professoren und Studierenden den Beitritt zur Bürgerinitiative „Rettet die Klinika“. Sie befürchten, dass die medizinische Forschung und Lehre an den Universitäten Gießen und Marburg nach einem Verkauf der Krankenhäuser von privaten Interessen abhängig wird.

www.rettet-die-klinika.de

Bahn AG verweigert nach wie vor Ausstellung zu deportierten Kindern

FRANKFURT/MAIN. Nach den deutsch-französischen Protesten auf dem Frankfurter Hauptbahnhof und in Halle (Sachsen-Anhalt) wollen die Initiatoren „auf erweiterter Stufenleiter“ gegen den Ausstellungsboykott der Deutschen Bahn AG vorgehen. Dies teilt die Initiative „Elftausend Kinder“ auf Anfrage mit. Der Unternehmensvorstand der Bahn AG weigert sich, auf den deutschen Reisebahnhöfen Fotos und Dokumente der etwa 11.000 Kinder zu zeigen, die zwischen 1942 und 1944 über das Schienennetz der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz deportiert wurden. Zu den Protesten waren am 11. Juni Angehörige der Ermordeten aus Paris angereist (Fils et Filles des Déportés Juifs de France). In ihrem Namen forderte Beate Klarsfeld sowohl in Frankfurt wie

in Halle, der deutsche Bahnchef Mehndorn möge sich der öffentlichen Erinnerung an die ermordeten Kinder nicht länger verschließen. Den friedlichen Appell erwiderte das Unternehmen am Wochenende mit der Mitteilung, die geforderte Ausstellung bleibe verboten.

www.german-foreign-policy.com

Appell an die Innenministerkonferenz am 23./24. Juni in Stuttgart

STUTTGART. „Wir sind Kinder und Jugendliche dieser Welt. Auch wenn wir alle unterschiedlich sind, leben wir zusammen auf dieser Erde. Deshalb wollen wir uns gemeinsam für eine bessere Welt für alle Menschen einsetzen und fangen bei uns zuhause damit an. Ihr nennt uns die Zukunft, wir sind aber auch die Gegenwart und deshalb fordern wir: Alle Kinder und Jugendliche, die in Deutschland zur Schule oder in den Kindergarten gehen, die hier leben, hierher geflohen oder hier geboren sind, sollen weiterhin das Recht erhalten, mit ihren Eltern und Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland zu leben. Ihre Eltern sollen arbeiten dürfen, um für ihre Kinder sorgen zu können. Die Kinder sollen später einen Beruf lernen dürfen. Auch ihnen soll erlaubt sein zu arbeiten, zu reisen und weiterhin hier zu leben. Kranken, Alten und Hilfsbedürftigen sowie durch Krieg und andere Ereignisse geschädigten Menschen muss geholfen werden. Auch sie sollen hier bleiben dürfen! Familien sollen gemeinsam hier leben dürfen. Die Innenministerkonferenz soll für die über 200.000 nur „geduldeten“ Flüchtlinge endlich ein Recht auf Bleiberecht verabschieden und sich für die vollständige Anerkennung der UNO Kinderrechte einsetzen.“ Der AK Asyl Baden-Württemberg unterstützt die Postkartenaktion (siehe Bild) und die Kampagne auf dem Stuttgarter Marktplatz am 24. Juni 2005. www.hier.geblieben.net

Zusammenstellung: baf



Ein Flop in Essen – Menschen weiter verängstigt

ESSEN. Über 2.000 Deutsche, die seit dem Jahre 2000 eingebürgert wurden und vorher türkische Pässe hatten, sind in den letzten Wochen vor der Landtagswahl von der Essener Meldebehörde angeschrieben worden, ob sie die türkische Staatsbürgerschaft wieder angenommen haben.

Damit hätten sie eine nach dem seit 2000 gültigen Staatsbürgerschaftsrecht unzulässige doppelte Staatsbürgerschaft. Die Rückläufe hielten sich in Essen in Grenzen. Auf eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe teilte Oberbürgermeister Dr. Reiniger im Stadtrat mit, dass sich bis Ende April lediglich 116 Angeschriebene erklärt haben. 15 teilten mit, sie hätten die türkische Staatsbürgerschaft wieder angenommen – also nicht einmal ein Prozent der Angeschriebenen.

Insgesamt ist die Anschreibreaktion in Essen ein Flop. Sie geht auf eine Anweisung von Landesinnenminister Dr. Behrens (SPD) zurück, der damit vor heftigem Druck aus der CDU einknickte und viele Tausend Deutsche türkischer Herkunft in NRW unter Generalverdacht stellte. In den Anschreiben wird damit gedroht, dass Doppelstaatler „Wahlbetrug“ begehen und sich strafbar machen, wenn sie wählen gehen. Die Veränderungen im Wählerverzeichnis sind in Essen in diesem Jahr aber nicht größer als in anderen Jahren und können vielfältige Ursachen haben.

Trotzdem, der politische Flurschaden ist sehr groß. Der Vorsitzende der Ausländerbeiräte NRW, Tayfun Keltec, erklärte: „Es ist ein besonderer Hohn, dass die Verantwortlichen für das Gesetz nun ausgerechnet diejenigen kriminalisieren, die unter den unsinnigen Bestim-



APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG

Integration statt Ausbürgerung

50.000 Personen wird die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Menschen, die seit 20 – 30 Jahren in diesem Land arbeiten und leben, müssen erneut vor den Türen des Ausländeramtes um eine Aufenthaltsgenehmigung anstehen. Ihre Lebens- und Zukunftsperspektiven sind zerstört. Auch der Integration ist somit ein Schlag versetzt worden, welches das friedliche Zusammenleben um viele Jahre zurückwerfen wird.

Obwohl seit dem 1. Januar 2000 der Besitz der „doppelten Staatsbürgerschaft“ nicht erlaubt ist, haben türkische Konsulate es zugelassen und gefördert. 5 Jahre lang wurde diese Praxis von den Verantwortlichen ignoriert. Heute wer-

den diese Menschen von den deutschen Behörden und Politikern als „Täter“ kriminalisiert und von den türkischen Behörden im Stich gelassen.

**WIR, DIE UNTERZEICHNER APPELLIEREN AN DIE
BUNDESREGIERUNG**

- Es muss eine gesetzliche Ausnahme erfolgen. Den Betroffenen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, sich endgültig für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden.
- Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft will, soll den Status vor der Einbürgerung erhalten.
- Den Betroffenen muss durch Beratung geholfen werden.

[illegible]

Bitte ausfüllen und zurück an: DIDF - Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V., Hohenstaufenring 55, 50674 Köln oder per Fax: 0221-9255495. Für weitere Infos Tel: 0221-9255493, Mail: didf@didf.de Web: www.didf.de

mungen des Gesetzes (grundsätzlicher Ausschluss der doppelten Staatsangehörigkeit für Menschen über 18 Jahren, d. Verf.) zu leiden haben. Niemand kann sagen, wie viele Menschen wirklich vom Verlust der Staatsbürgerschaft betroffen sind. Die kursierenden Zahlen verunsichern die Menschen nur und tragen nichts zur Klärung der Situation bei.“

Nach der Landtagswahl sollte so schnell wie möglich Normalität einkehren. Die von den Meldeämtern in Zusammenarbeit mit den Ausländerämtern erstellten Listen müssen vernichtet werden, die von einer Ausbürgerung Betroffenen – genau das passiert

nämlich denen, die sich „outen“ – sollten unbürokratische Hilfe erhalten.

Die PDS-Ratsgruppe unterstützt die Resolution „Integration statt Ausbürgerung“, unter die die Migrantenorganisation DIDF zur Zeit Unterschriften sammelt. Dort wird an die Bundesregierung appelliert: „Es muss eine gesetzliche Ausnahme erfolgen. Den Betroffenen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, sich endgültig für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft will, soll den Status vor der Einbürgerung erhalten.“

DIDF und PDS laden gemeinsam zu einem Info-Abend am 20.5.2005 um 19.00 Uhr in die VHS ein (Raum 5.40, 5. Etage). U.a. wird Rechtsanwalt Klemens Ross für Nachfragen zur Verfügung stehen.

Gabriele Giesecke

aus: StadRot-Info Nr. 3/05,
www.pds-essen-im-rat.de

ALG II: Bis zu 2.000 Zwangsumzüge in München. MÜNCHEN. Der Sozialreferent Friedrich Graffe hatte in München bisher in der Öffentlichkeit behauptet, Bezieher/innen von ALG II-Leistungen müssten nicht mit Kürzungen der Mietleistungen rechnen. In der Antwort auf eine Anfrage der PDS im Stadtrat musste er dies nun korrigieren: Etwa 5 Prozent der betroffenen Haushalte haben bisher ein Anschreiben erhalten, das sie zu einer Reduktion ihrer Miethöhe auffordert – sei es durch Untervermietung oder Umzug. Wenn es den Menschen nicht gelingt, ihre evtl. vergeblichen Bemühungen um eine günstigere Mietwohnung nachzuweisen, wird ansonsten nach einem halben Jahr die Leistung für Unterkunft entsprechend reduziert. 5 Prozent – das sind bis zu 2.000 Haushalte mit mehreren Tausend Betroffenen. Die Festlegung der Münchner Mietobergrenzen und die von der Stadt maximal akzeptierte Überschreitung sieht der Referent als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ und nicht als politisches Problem, dem sich der Stadtrat stellen muss. Und selbst wenn der Stadtrat dazu einen Beschluss fassen würde, wäre nicht garantiert, dass dies von der ARGE auch umgesetzt würde – denn in München ist die „Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung“ als GmbH organisiert, in der Stadt und Arbeitsagentur jeweils 50 Prozent der Anteile halten. Ohne Zustimmung der Arbeitsagentur geht also nichts – auch wenn die Wohnungskosten von der Stadt getragen werden. Um zu erreichen, dass der Stadtrat sich trotzdem mit der Frage der Zwangsumzüge befasst, hat die offene Liste der PDS einen Antrag eingebracht, mit dem zwei Dinge erreicht werden sollen: Das Sozialreferat wird beauftragt, eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten, und die Leistungskürzungen sollen unterbleiben, bis der Stadtrat nach der Sommerpause einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. *wob*

DGB befürwortet Gutachten über das Mietniveau. GÖTTINGEN. Noch immer ist ungeklärt, wie in Göttingen mit den ca. 600-700 ALG II Bedarfsgemeinschaften umgegangen werden soll, die aufgrund ihrer Mietkosten von einem eventuellen Umzug bedroht sind. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Göttinger DGB am 9.6.2005 die Entscheidung des Sozialausschusses der Stadt Göttingen, ein Gutachten in Auftrag zu geben, um die Mietkosten in der Stadt zu erfassen. An den Landkreis richtet der DGB die Aufforderung, ausgehend von diesem Gutachten die Kosten der Unterkunft zu ermitteln. Es könne nicht sein, das Menschen gezwungen werden, ihre Wohnungen zu verlassen, weil bei der Bemessung der Miethöhen von un-

realistischen Zahlen ausgegangen wird. www.dgb-suedniedersachsen-harz.de

Petition Lernmittelfreiheit für ALG-II-Bezieher. ESSEN. Nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz von NRW sind nur noch dieses Schuljahr ehemalige Bezieher von Sozialhilfe von der Zuzahlung zu Schulbüchern befreit. Ehemalige Arbeitslosenhilfebezieher müssen dagegen bereits jetzt 42 Euro zuzahlen. Dass Kinder aus Familien, die exakt das gleiche Geld bekommen, unterschiedlich behandelt werden, ist rechtlich höchst bedenklich. Der eigentliche Skandal ist jedoch, dass die bisherige Befreiung von Sozialhilfeempfängern vom Eigenanteil bei den Lernmitteln nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz im übernächsten Schuljahr ganz auslaufen soll. Ein gute Ausbildung ist die einzige Chance für Kinder aus armen Familien und darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Die PDS-Ratsgruppe Essen hat sich mit einer Petition an den neu gewählten Landtag gewandt und eine Korrektur der Regelungen gefordert. Die ohnehin nur höchst eingeschränkte Lernmittelfreiheit muss wenigstens für alle Kinder gelten, deren Eltern Sozialgeld oder Alg II beziehen. Es wird sich zeigen, wie ernst es die neue Landtagsmehrheit aus CDU und FDP mit dem „Vorrang für Bildung“ meint. Ein entsprechendes Schreiben ging auch an den Ombudsrat, der die Hartz-IV-Regelungen auf Bundesebene überprüft. Darüber hinaus muss jedoch schon für das kommende Schuljahr eine Lösung vor Ort gefunden werden. Die Stadt Essen, die sich gerne „Großstadt für Kinder“ nennt, sollte bis zu einer landesweiten Regelung die Kosten weiter vorstrecken. Einen entsprechenden Antrag wird die PDS in die Haushaltsberatungen einbringen. Das Schulverwaltungsamt sollte schnellstens erheben, wie viele Kinder betroffen sind. Insgesamt geht es um relativ kleine Beträge. *syb*

20 Anzeigen wegen Ein-Euro-Jobs. BERLIN. Betrug, Subventionsbetrug und Untreue – so lauten die Vorwürfe. 20 Strafanzeigen und Klagen gegen Beschäftigungsgesellschaften waren nach Angaben des Berliner Hauptpersonalrats Anfang letzter Woche bei der Staatsanwaltschaft eingebracht worden. In einem Fall hat die Staatsanwaltschaft bereits Ermittlungen aufgenommen: in Reinickendorfer Schulen seien Erwerbslose ohne Qualifizierung zu Malerarbeiten eingesetzt worden. Strafanzeige ist auch eingereicht gegen eine Firma, die Ein-Euro-Jobber bei Umzugsarbeiten im Rathaus Neukölln einsetzen wollte. 17-mal haben reguläre Privatfirmen mit Hilfe der Handwerkskammer die Klage eingereicht, weil bei ihnen reguläre Jobs durch Sub-

ventionsbetrug wegzufallen drohen. Dreimal hat die Gewerkschaft verdi Klage eingereicht. Auch zivilrechtliche Klagen liegen vor. Sechsmal haben Personalräte bisher solche Klagen beim Verwaltungsgericht eingereicht, um den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern an Schulen und in Kindertagesstätten zu verhindern. Die Personalräte schätzen in Berlin, dass zwischen 5.000 und 8.000 Billigarbeiter bereits an den Schulen als Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden. Eine Personalrätin berichtete, an den Oberstufenzentren seien erst im letzten Herbst 18 Bibliotheksbeschäftigte gestrichen worden, nun würden dort Ein-Euro-Jobber beschäftigt. An eine Schule in Tempelhof-Schöneberg soll dem Hausmeister gekündigt worden sein, zwei Ein-Euro-Jobber hätten die Arbeit übernommen. Selbst im Abgeordnetenhaus war ein Ein-Euro-Jobber im IT-Bereich eingesetzt, nach Intervention des Personalrats wurde der Einsatz erst einmal gestoppt. Im Bezirk Lichtenberg wurden 156 Stellen im Grünflächenamt gestrichen, 73 Beschäftigte warten im Stellenpool auf ihre Versetzung. Gleichzeitig hat der Bezirk 235 Ein-Euro-Jobber gebucht. *rül, Berliner Ztg, 4./5.6.05*

NRW: Mieterschutz in Gefahr. DÜSSELDORF. In den Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Landesregierung in NRW haben sich CDU und FDP darauf geeinigt, die Kündigungssperrfristverordnung abzuschaffen. Mit der Verordnung hatte die rot-grüne Landesregierung erst im September 2004 auf Druck der Mieterverbände die gesetzliche Kündigungssperrfrist von drei Jahren bei Wohnungsverkäufen erhöht. In 59 Kommunen, viele davon im Ruhrgebiet, gilt aktuell eine achtjährige Sperrfrist und in weiteren 47 Kommunen sechs Jahre. Das Mieterforum Ruhr, ein Zusammenschluss von Mietervereinen in Bochum, Dortmund, Witten und Essen, protestierte in einem Schreiben an die Verhandlungspartner.

Schwarz-Gelb will auch das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum streichen, mit dem die Umwandlung von Wohnraum in Geschäftsräume unterbunden wird. Allein in den letzten zwei Jahren wurde in NRW 300.000 Wohnungen an private Investoren verkauft, deren Ziel es vor allem ist, eine hohe Rendite zu erwirtschaften. Darunter u.a. die großen Wohnungsbestände der ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften Thyssen-Krupp und Vitera. Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht: Die neue Landesregierung will jetzt den Verkauf von 110.000 Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) prüfen. *syb*

Zusammenstellung: baf

Kommt die Demokratische Linke – PDS?

Der nachfolgenden Chronik der letzten vier Wochen kann man entnehmen, in welch rasantem Tempo darüber gesprochen und verhandelt wird, wie die Linke zu den Neuwahlen antritt.

Der öffentliche Druck und die öffentlichen Erwartungen sind groß. Der Einfluss der Mitglieder von WASG und PDS auf die laufenden Verhandlungen dagegen sind gering. Das führt zu Verunsicherungen.

Auch wenn sich die Verhandlungsdelegation der PDS optimistisch zeigt, ist die WASG als Verhandlungspartner deshalb unberechenbar, weil die Strukturen dieser Organisation neu und ungefestigt sind. Dazu kommt, dass die erstmalige Kandidatur in NRW zwar einen Achtungserfolg brachte, aber keineswegs auf anderen Wahlen übertragen werden kann. Dagegen scheint sich die WASG zu überschätzen.

Sollte es gelingen, linke Konkurrenz-kandidaturen zu verhindern und eine Kandidatur der PDS mit offenen Listen zu erreichen – eine andere Möglichkeit scheidet aus –, wäre der Einzug in den Bundestag möglich. Aber ohne die vielen Stimmen aus den neuen Bundesländern wäre auch das nicht möglich. Das darf man nie vergessen. Über Prozente sollte man lieber nicht spekulieren, sondern darüber nachdenken, wie die konservativen Kräfte zurückgedrängt werden können. Eine ausschließliche Umverteilung im Lager von Grünen, SPD und PDS zu Gunsten der „Demokratischen Linken – PDS“ führt nicht einfach zu einem gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Medien stellen zu Recht die Frage, was mit der Formierung, die sich in den Verhandlungen abzuzeichnen scheint, nach den Bundestagswahlen passiert. Auch darauf muss eine Antwort gesucht werden. jöd

Chronik der letzten vier Wochen

22. Mai 2005

Schröder kündigt vorgezogene Bundestagswahlen an.

24. Mai 2005

Oskar Lafontaine tritt aus der SPD aus und fordert PDS und WASG auf, gemeinsam zur Bundestagswahl anzutreten, dann stünde er für eine Kandidatur zur Verfügung.

Freitag, 3. Juni 2005

Gregor Gysi erklärt seine Bereitschaft, für die PDS, aber auch für eine gemeinsame Linkspartei zu kandidieren.

Freitag, 10. Juni 2005

Gespräche zwischen PDS und WASG er-

folgreich verlaufen

Lothar Bisky und Klaus Ernst erklären:

PDS und WASG haben in Berlin ihre Sondierungsgespräche erfolgreich fortgesetzt. Die Gesprächsgruppen beider Parteien werden ihren Gremien vorschlagen:

1. PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen.

2. PDS und WASG wollen bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 nicht gegeneinander antreten.

3. Die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl auch Mitgliedern der WASG öffnen. Um das Neue an dem Projekt zu dokumentieren, wird dem Vorstand der PDS vorgeschlagen, eine Namensänderung zu prüfen.

Die Ergebnisse der Sondierungsgespräche werden dem Parteivorstand der PDS und einer Versammlung aller Landesvorstände der WASG zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Die Gremien tagen am Wochenende.

Freitag, 10. Juni 2005

Oskar Lafontaine erklärt seine Bereitschaft auf einer Offenen Liste der PDS zu kandidieren.

Samstag, 11. Juni 2005

Neues Projekt „Demokratische Linke – PDS“ auf den Weg gebracht

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky erklärt:

Das Jahr 2005 könnte zu einem Meilenstein für die Linke in Deutschland werden. Auf seiner heutigen Sitzung hat der Parteivorstand der PDS – vorbehaltlich der Zustimmung der Parteigremien der WASG – einer Vereinbarung zwischen WASG und PDS zugestimmt. Die Vereinbarung steht unter dem Motto: „Es gibt eine Alternative! Für Arbeit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie.“ Gegen den neoliberalen Zeitgeist.“ Darin wird deutlich, dass sich PDS und WASG einsetzen

• für Arbeit in Würde, gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen die Hartz-

Gesetzgebung;

- für Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit;
- für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung;
- für eine soziale und demokratische Bildungsreform;
- für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen;
- für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und für eine tolerante Gesellschaft, gegen Rassismus und Rechtsextremismus;
- für einen friedenspolitischen Aufbruch, für Abrüstung und Konversion.

Jetzt werden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um die Vereinbarung mit Leben zu erfüllen.

Darüber hinaus wurde – ebenfalls vorbehaltlich der Zustimmung der Parteigremien der WASG zur gemeinsamen Vereinbarung – die sofortige Einladung zu einer außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages am 17. Juli beschlossen, um eine Änderung des Statuts in Bezug auf den Bundesnamen und die Ländernamen zu beschließen.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag vor, dass die PDS künftig den Namen „Demokratische Linke – PDS“ führt. Es wird vorgeschlagen, im Statut das bisherige Verbot, länderspezifische Zusätze zu führen, aufzuheben. Den Ländern soll es künftig möglich sein, in ihren Landessatzungen wahlrechtlich zulässige Spezifizierungen des Namens vorzunehmen. Der Parteivorstand empfiehlt, hierzu in den Regionen Verständigungen mit den Partnern der WASG vorzunehmen und die Landeswahlleiter zu konsultieren.

Die notwendige Diskussion für das Zusammengehen der beiden linken Kräfte soll in Umsetzung der Vereinbarung nach der Bundestagswahl 2005 in Gang gesetzt werden.

Sonntag, 12. Juni 2005

Eine gemeinsame Versammlung des Bundesvorstands und der Landesvorstände der WASG in Kassel erklärt die generelle Bereitschaft, auf Offenen Listen zu kandidieren. Allerdings unterzeichnet der Bundesvorstand das Verhandlungsergebnis – siehe unter 10.6. – nicht; auch meldet er Gesprächsbedarf über den zukünftigen Namen der PDS an. Die WASG wird am 3. Juli eine Bundesversammlung durchführen und anschließend eine Urabstimmung einleiten, die am 15. Juli beendet sei wird.



Eine starke Bastion für soziale Verantwortung in Deutschland schaffen

Wahlstrategie der PDS für die vorgezogenen Bundestagswahlen 2005

Beschluss des Parteivorstandes vom 11. Juni 2005

1. Die politische Lage und das Ziel der PDS

Die Schröder-Fischer-Regierung ist ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode zusammengebrochen. Auslöser war der anhaltende massive Vertrauensentzug durch die Wählerinnen und Wähler insbesondere gegenüber der SPD, zuletzt bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, dem einstigen Stammland der Sozialdemokratie.

Angesichts dessen ist es ein folgerichtiger und unterstützenswerter Schritt, das Mandat zur Bildung einer Bundesregierung an die Bürgerinnen und Bürger zurück zu geben und eine neue demokratische Legitimation von Regierungspolitik zu ermöglichen. Der Weg zu Bundestags-Neuwahlen muss jedoch verfassungsrechtlich in jeder Hinsicht sauber sein.

Bundeskanzler Schröder will bei vorgezogenen Neuwahlen seine Politik und seine Person, seine bisherigen Reformen und seine „Agenda 2010“ zur Abstimmung stellen. Die SPD will damit stärkste Fraktion im nächsten Bundestag werden. Doch unter Schröders Kanzlerschaft und mit seiner Politik hat sie die Reformexpectationen der Bürgerinnen und Bürger bitter enttäuscht und ihre Reformbereitschaft grob missbraucht. Sie hat Hand an den Sozialstaat gelegt; sie hat durch einseitige Belastungen der Berufstätigen, der Arbeitslosen, der Rentner und aller Leistungsbezieher sowie durch einseitige Vergünstigungen für die Reichen und für die großen Konzerne soziale Ungerechtigkeit in erheblichem Ausmaß produziert. Durch ihr arrogantes, selbstverliebtes Verhalten hat sie den Zorn der Betroffenen noch angestachelt.

Zudem haben die Bürgerinnen und Bürger für die ihnen verordneten Zumutungen keinen Preis erzielt: keiner der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Krisenprozesse konnte gestoppt oder gar im Trend umgekehrt werden. Insbesondere die Arbeitslosigkeit wuchs weiter auf Rekordhöhe; zugleich wurden die Betroffenen als Personen verhöhnt, die man mittels der Hartz-Gesetze zur Arbeitsaufnahme „anreizen“ müsse. Wachsenden Kosten der sozialen Sicherungssysteme standen reduzierte Leistungen gegenüber. Versicherungsleistungen wurden gestrichen und individuelle Ansprüche abgeschafft; Bedürftige, vor allem Frauen, wurden in die Abhängigkeit von „Bedarfgemeinschaften“ gepfercht.

Die Eingliederung Ostdeutschlands

in die Bundesrepublik erwies sich gerade in den Regierungsjahren von SPD und Grünen endgültig als „Super-GAU“, ohne dass Impulse für ein Umsteuern im Osten auch nur gesucht wurden. Während die Vorgänger-Regierung ursprünglich ein Konzept hatte, das dann versagte, versagte die Regierung aus SPD und Grünen, weil sie erst gar kein Konzept für einen sozial verantwortlichen Neuansatz in Ostdeutschland hatte.

Es war ausgerechnet die erste rot-grüne Bundesregierung, die die Bundesrepublik erstmals in militärische Einsätze im Ausland in verstrickte. Ausgerechnet ein ehemals grüner sozialdemokratischer Innenminister nahm die Terroranschläge vom 11. September 2001 zum Anlass für Eingriffe in Grundrechte und Grundfreiheiten.

Rot-Grün als „politisches Projekt“ ist schon bald nach der Regierungsübernahme 1998 begraben worden; aus der Hoffnung auf eine soziale und ökologische Umgestaltung der Bundesrepublik wurde die Realität von Sozialabbau und Entbändigung des großen Kapitals. Jetzt steht Rot-Grün auch als parteipolitischer Block vor einem Scherbenhaufen.

Diese Bilanz wird auch dadurch nicht aufgewogen, dass die Schröder-Fischer-Regierung keine deutschen Soldaten in den Irak-Krieg geschickt, einen sehr langsamen Atomausstieg eingeleitet, einige liberale gesellschaftspolitische Reformen angepackt und Bereiche wie den Verbraucherschutz politisch erschlossen hat.

Im Wahlkampf wird die SPD nun versuchen, ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Schröder-Linie mit linken Elementen zu verbinden: Bürgerversicherung, Mitbestimmung etc. Die „Kapitalismuskritik“ von Franz Müntefering hat dafür bereits den Auftakt gegeben – zugleich aber die Grenzen für die SPD aufgezeigt: Einerseits stimmte eine breite Mehrheit der Bevölkerung dem SPD-Vorsitzenden in der Sache zu, andererseits hielt eine nahezu gleich große Mehrheit ihn mit diesen Thesen politisch für unglaubwürdig.

Unterm Strich bleibt: Die von SPD und Grünen gestellte und getragene Regierung hat die Wählerinnen und Wähler umfassend enttäuscht und vor den Kopf gestoßen; ihre konzeptionelle Basis, die Ergebnisse ihres Regierungshandelns, ihre ständigen „handwerklichen Fehler“ und die Missachtung der Würde der Betroffenen ihrer Politik disqualifizieren sie nachhaltig.

80 bis 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gehen vor diesem Hintergrund mittlerweile davon aus, dass SPD und Grüne bei den angekündigten vorgezo-

genen Neuwahlen zum Bundestag abgewählt werden und die Regierungsgewalt an die Union übergeht. Dies ist freilich nur für einen Teil von ihnen ein Wunschergebnis. Die SPD hat mit dem Abriss des Sozialstaates begonnen – Union und FDP wollen ihn nun forcieren und in wesentlichen Teilen vollenden.

Auf Grund der Bundesratsmehrheit ist das Duo Schröder/Merkel, sind SPD und CDU für all das gemeinsam verantwortlich, was als „Reformen“ den Leuten zugemutet wird – in der Gesundheitsreform ebenso wie bei den Arbeitsmarktreformen, für die Praxisgebühr wie für Lohndumping durch Wegfall der Zumutbarkeitsklausel.

Dabei hat die Union stets deutlich gemacht, dass ihr die rot-grünen „Reformen“ noch zu langsam voran und nicht weit genug gehen. Unter der Führung von Angela Merkel hat die CDU den Zusammenhang von Wirtschaft und sozialer Verantwortung in der „sozialen Marktwirtschaft“ weitgehend aufgekündigt und die Angriffe gegen sozialstaatliche Elemente in der Politik verschärft. Angela Merkel und die Führungsgruppe der CDU betreiben nicht nur die „Entsozialdemokratisierung“ ihrer Partei, sondern den endgültigen Bruch mit der alten sozialstaatlichen Bundesrepublik. Ihre Kanzlerkandidatin will eine „neue soziale Marktwirtschaft“ als „ein umfassendes Bekenntnis zum Wettbewerb“ – auch in den bisherigen sozialen Sicherungssystemen. Sie will eine weit reichende Entlassung der Unternehmen aus ihren Pflichten innerhalb der sozialen Sicherung. Sie will die Begrenzung von Mitbestimmungsrechten. Das ist die politische Kernsubstanz ihrer Kandidatur – nicht die Tatsache, dass sie aus dem Osten kommt, und auch nicht die Tatsache, dass mit ihr erstmals eine Frau in Deutschland das höchste Regierungsamt übernehmen könnte.

Trotz einer voraussichtlich weichen und unbestimmten Wahlkampfrhetorik mit sozialen und außenpolitischen Ködern (Verlängerung der ALG-Zahlungen für ältere Arbeitslose; „Überprüfung“ aller Auslandseinsätze der Bundeswehr etc.) ist schon jetzt absehbar, dass schon bald tiefe Einschnitte zu Lasten der Beschäftigten und der Familien geplant sind (Abschaffung der Pendlerpauschale, der Eigenheimzulage etc.).

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien haben bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen erhebliche Stimmengewinne erzielt. Offensichtlich konnten sie bei den jüngsten Wahlen einen Teil des Protestes binden. Dabei wird es nicht bleiben. DVU und NPD

werden weitere Wahlabsprachen treffen und planen, bei den Bundestagswahlen gemeinsam anzutreten. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind ein europaweites Problem und eine Bedrohung für die Demokratie. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Hass gegen Minderheiten, Andersdenkende, gegen andere Kulturen und Lebensweisen gewinnen an Einfluss, in den Bevölkerungen und bei Wahlen. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, von Krieg, Vernichtung und Massenmord, die von Deutschland ausgingen, ist das Erstarken rechtsextremer Parteien, Auffassungen und Haltungen eine besondere Bedrohung.

Soziale Verantwortung gibt es bei dieser Bundestagswahl und in der nächsten Legislaturperiode angesichts dieser Ausgangsbedingungen nur von links. Die PDS hat sich hier seit den 90er Jahren durch ihr soziales Engagement in der Opposition, durch ihre Solidarität mit den Betroffenen von Abwicklung, Sozialabbau und Massenentlassungen, durch ihre Offenheit und Bündnisfähigkeit, durch ihr Handeln als kleinerer Koalitionspartner (so etwa beim Schutz von Hartz-IV-Betroffenen vor Wohnungsverlust in Berlin oder bei der Vorbereitung des sozialeren Schulgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern) und nicht zuletzt durch ihren anhaltenden demokratischen und programmatischen Erneuerungsprozess Kompetenz, Ansehen, Vertrauen und Erfahrung erworben.

Allerdings: Nach wie vor dominiert neoliberales Denken in Politik, Öffentlichkeit und Wirtschaft. Dieses politische Denken, das die Politik sowohl von SPD und Grünen, als auch von CDU, CSU und FDP prägt, gebärdet sich modern, indem es das angeblich „Alte“ aufsprengt, indem es das scheinbar Betuliche und Vorsorgliche denunziert, indem es von Chancen redet und dabei Verantwortung füreinander ablehnt. Eine Politik- und Gesellschaftsauffassung, die Solidarität als Fessel betrachtet, die Bewegung nur als Wettrennen von Individuen und Akteuren gegeneinander versteht, für die sich Erfolg auf den Zieleinlauf der Sieger beschränkt, die Verlierer nicht nur in Kauf nimmt, sondern auch will und ihnen alle Lasten aufbürdet – eine solche Doktrin verkennet, dass Menschen, die in einer hochgradig differenzierten, arbeitsteiligen Gesellschaft leben, letztlich aufeinander angewiesen sind. Sie ist auch nicht in der Lage, Antworten zu geben, wie dieses Miteinander sinnvoll, zukunftsfähig und verantwortungsbewusst gestaltet werden soll. Sozialabbau auf der einen und Bereicherung auf der anderen Seite, massenhafte Verfestigung von Armut, prekärer Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit, um notwendige Einnahmen geprellte und letztlich zerrüttete Staatsfinanzen, Beschnei-

dung von sozialen Schutz-, demokratischen Mitwirkungs- und individuellen Freiheitsrechten, letztlich Gewalt- und Kriegsbereitschaft – das sind die Konsequenzen, die immer mehr Menschen zu spüren bekommen. Aber sie sind keine akzeptablen Alternativen für die Zukunft unseres Landes und Europas.

Doch Anspruch und Grenzen dieser Dogmen und Mythen, die Folgen ihrer Umsetzung und die immer drängender werdenden Fragen jenseits dieses Denkhorizonts prägen zunehmend die Debatten, die Meinungsbildung und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa. Und sie prägen auch immer öfter die Wahlentscheidungen in einzelnen Ländern – bei den Europa-Wahlen 2004, bei den kürzlichen Regionalwahlen in Italien und auch beim EU-Verfassungsreferendum in Frankreich.

Der absehbare Versuch der konkurrierenden Parteien, den vorgezogenen Bundestagswahlkampf 2005 auf ihre jeweils spezifische Art und zu ihren Gunsten zur „Richtungsentscheidung“ hoch zu stilisieren und so möglichen Anhang maximal zu mobilisieren, wird angesichts der Realitäten von Tatsache überlagert, dass es tatsächlich um einen Grundsatzentscheidungs geht: nicht um eine parteipolitische **Grundentscheidung**, sondern um eine gesellschaftliche **Grundentscheidung über den Stellenwert und über die Perspektive von sozialer Gerechtigkeit und von Solidarität in diesem Land**. Ob die Würde des Menschen als Verfassungsauftrag angenommen wird oder ob sie sozial zur Leerformel verkommt. **Ob Politik und Wirtschaft soziale Verantwortung wahrnehmen oder nicht.**

Über diesen Stellenwert von sozialer Verantwortung in Deutschland entscheidet angesichts der politischen Realitäten bei der bevorstehenden Bundestagswahl vor allem die Stärke der demokratischen Linken, die Stärke der PDS. Nur über ihre Präsenz im Deutschen Bundestag kann deutlich gemacht werden, ob die Wählerinnen und Wähler der Union einen Durchmarsch erlauben oder auch einen Widerpart für soziale Gerechtigkeit verankern wollen.

Deswegen wird auch auf parteipolitischer Ebene eine andere Polarisierung erkennbar als die, die die Wahlkampfstrategen der konkurrierenden Parteien und insbesondere der SPD gern wollen. Die tatsächliche **parteipolitische Polarisierung** lautet: einerseits eine faktische Große Koalition der unsozialen Kälte und weltweiter Militäreinsätze aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP – andererseits als Gegengewicht die demokratische Linke mit ihrer stärksten und aussichtsreichsten Kraft, der PDS. Innerhalb dieser Großen Koalition steht die Union als rechte Alternative zur gescheiterten rot-grünen Bundesregierung da.

Wir nehmen in der Wahlkampf-Kommunikation die Herausforderung durch die voraussichtlichen Wahlsieger Union und FDP offensiv an: Der unsozialen Perspektive, die se Deutschland eröffnen, wollen wir uns mit sozialen Alternativen und im Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern entgegenstellen.

Dies ist die zentrale Herausforderung an die PDS in diesem Wahlkampf.

Daraus ergibt sich das entscheidende **Wahlziel der PDS:**

- Die PDS will mit größtmöglicher Kraft und uneingeschränkt den Grundsatz sozialer Verantwortung von Politik und Wirtschaft im Parlament vertreten und mit konkreten, realistischen politischen Alternativen parlamentarisch und außerparlamentarisch die Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung unseres Landes aufnehmen und prägen.
- Dazu wollen wir eine starke demokratische linke Fraktion im Deutschen Bundestag – gesellschaftlich getragen und gestützt von einer breiten, handlungsfähigen und stabilen Allianz aus politischen und sozialen Kräften und unabhängigen Bürgerinnen und Bürgern.

Unser Aufruf an die Wählerinnen und Wähler lautet:

Klarheit schaffen!

Die soziale Alternative. PDS

2. Konturen und Methoden des Wahlkampfes

Der katastrophale Ausgang der rot-grünen Regierungsphase hat die Wählerinnen und Wähler vor den Kopf gestoßen, die Distanz zur Politik vergrößert, das Vertrauen in die Parteien erschüttert, demokratische Werte angegriffen und neue Orientierungsprozesse ausgelöst. Traditionelle Parteienbindungen und auch die Bereitschaft, prominenten Politikerinnen und Politikern zu folgen, spielen derzeit eine vergleichsweise geringe Rolle.

Alle Parteien sind im beginnenden Wahlkampf vorrangig bemüht, bisherige Wählerinnen und Wähler zu binden und darüber hinaus möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für sich zu gewinnen. Die Stärke der eigenen Partei und deren Ausstrahlung stehen bei allen im Zentrum der Anstrengungen.

Die PDS will eine starke linke Fraktion im nächsten Bundestag und führt dazu einen engagierten Zweitstimmen-Wahlkampf. Dafür steht die gesamte Partei, dafür stehen alle Kandidatinnen und Kandidaten – die auf den Landeslisten ebenso wie jene, die in den einzelnen Wahlkreisen antreten. In einzelnen, besonders aussichtsreichen Wahlkreisen Ostdeutschlands wird dieser Zweitstimmen-Wahlkampf durch prominente Kandidatinnen und Kandidaten und mit Unterstützung der gesamten Partei mit dem Ziel begleitet, dort auch die Mehrheit der Erststimmen zu erreichen.

2.1. Wen wir ansprechen, wen wir vertreten wollen. Wie das gehen wird: Streng inhaltlicher Wahlkampf, auf politische Projekte konzentriert.

Am Vorabend des Zusammenbruchs der Regierung Schröder stellte sich die Wählerschaft insgesamt politisch wenig polarisiert dar und unterschied sich nur tendenziell in den Werten, den Informations- und Kommunikationsgewohnheiten, der Sicht auf drängende Probleme und in den politischen Erwartungen an die Parteien.¹

Thematisch dürfte der Wahlkampf aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler insgesamt vor allem durch Folgendes bestimmt werden:

- Arbeit & Soziales (was nicht deckungsgleich ist mit dem Thema Wirtschaft/Standort!)
- Bürgerbeteiligung, Öffnung der Lösungssuche über die Parteien hinaus.
- Chancen der jungen Generation, Bildung
- Innere und äußere Sicherheit
- Entlastung ArbeitnehmerInnen

Für die Wahlwerbung der PDS besonders – wenn auch nicht allein interessant – ist eine Bevölkerungsgruppe von gut einem Viertel (im Osten etwa ein Drittel) der Wählerschaft, die sich durch eine besondere Präferenz für soziale Gestaltung und Gemeinwohlorientierung auszeichnet und sich selbst größtenteils als links bzw. links von der Mitte einordnet. In dieser Gruppe hatte die PDS am Vorabend der NRW-Wahl mit ca. acht Prozent ihren stärksten Wähleranteil; allerdings sprach sich auch reichlich ein Viertel gegen eine Präsenz der PDS im Bundestag aus. Diese Gruppe tendierte mit deutlicher Mehrheit (und als einzige) in Richtung Rot-Grün, war jedoch zum Erhebungszeitpunkt stärker als alle anderen erkennbaren Gruppen in ihrem voraussichtlichen Wahlverhalten unentschlossen bzw. neigte zur Wahlenthaltung.

Politisch-inhaltlich stellt sich diese Gruppe so dar:

- Fast 100% votieren für Problemlösung durch mehr Bürgerbeteiligung und mehr gesellschaftlichen Dialog.
- Zentrale Werte für sie sind der Einsatz für sozial Benachteiligte, die Entwicklung der eigenen Phantasie und Kreativität, Selbstverwirklichung, auch Toleranz gegen andere Meinungen.
- Entsprechend erwarten sie von der Partei ihrer Wahl überwiegend ein klares Eintreten für die sozial Schwachen, eine klare Gegnerschaft zu radikalen Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme, eigene Vorschläge zur Lösung der Probleme (Arbeitslosigkeit, neue Bundesländer) sowie deutliches Engagement für die gewaltfreie Lösung internationaler Konflikte.
- Häufiger als andere beteiligen sich diese Bürgerinnen und Bürger an

spontanen und genehmigten Demonstrationen (zu ca. 50%).

- Im Wahlkampf erwarten sie sowohl eine einfache Sprache als auch eine intellektuell anspruchsvolle Argumentation. Die Kommunikation zu politischen Themen in der Familie, mit Freunden und Bekannten ist für sie besonders wichtig.

In der gesamten Wählerschaft ist zudem eines dominierend: Die Wählerinnen und Wähler erwarten keine Parteienwerbung und keinen Konstellationsstreit, sondern zu fast drei Vierteln sind für sie die Lösungsvorschläge zu Sachfragen wahlentscheidend – die Spitzenkandidaten nur zu acht Prozent und die langfristigen Parteienbindungen nur zu 15 Prozent.²

Was also tun? Wir haben einen entscheidenden Verbündeten im Kampf um Wählerstimmen: Die **Wählerinnen und Wähler selbst**. Sie **müssen über uns etwas ausdrücken können, was sie unbedingt wollen**. Bislang hat das über Protest der unterschiedlichsten Art funktioniert (mit Blick auf ostdeutsche Interessen, bei Krieg-Frieden-Angelegenheiten und im Frust über die Sozialreformen, kulminierend in den Hartz-IV-Protesten). **Jetzt müssen wir es in positive Anliegen umsetzen** – in mutige und glaubwürdige Aussagen darüber, was jetzt tatsächlich getan werden kann und vorrangig getan werden muss.

Wir ziehen mit Vorhaben und Forderungen in den Wahlkampf und in den nächsten Bundestag, von denen wir überzeugt sind:

- Sie liegen im Interesse jener, die von der Politik zu sozialen Verlierern und ausweichlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbruchprozesse gemacht werden.
- Sie stärken jene, deren Erfolg oder deren Lebensleistung von der Politik gering geschätzt und gefährdet wird.
- Und sie helfen jenen, die in den Veränderungen dieser Zeit ihrerseits ihre Chance suchen und dabei den Gedanken der Solidarität hoch halten – gerade weil sie um die Risiken von Um- und Aufbrüchen wissen.

Besondere Beachtung gebührt dabei den Frauen. Die Stimmeneinbußen bei der Bundestagswahl 2002 waren zu einem großen Teil auf ausbleibende Stimmen von Frauen zurückzuführen. Gegenüber 1998 hatten wir 2002 ein Drittel unserer Wählerinnen verloren. Insbesondere junge, gut qualifizierte Frauen unter 34 Jahren und höhere Altersgruppen sind ins Nichtwählerlager abgewandert. Es ist unser Ziel, durch eine spezielle Ansprache diese Frauen für die PDS zurück zu gewinnen und auch Erstwählerinnen wieder stärker zur Wahl der PDS zu mobilisieren.

Die Zielgruppen-Analyse für den PDS-Bundestagswahlkampf 2005 ist – gerade angesichts des absehbaren Zeitdrucks – zügig auszubauen.

Kern ist:

Wahltag ist Referendum über die Richtung der Politik, über „Weiter so!“ oder über den Einstieg in einen anderen Entwicklungsweg mit konkreten, zahlenmäßig begrenzten, in der Sache radikalen Projekten sozialen Umsteuerns.

Wahltag ist die große Chance für alle, das zur Geltung zu bringen, was sie schon lange bewegt: im Protest auf der Straße, im stillen Zorn der Zurückgezogenheit und Enttäuschung, im engagierten Suchen in Initiativen, Verbänden und Gewerkschaften oder anderswo mit Gleichgesinnten und gleich Betroffenen.

Wir wollen eine Polarisierung zu allen anderen Parteien – aber pro oder contra diese politischen Projekte, nicht abstrakt parteipolitisch.

Wir wollen eine konditionierte und kontrollierte Dysfunktionalität – bezogen auf konkrete politische Projekte, auf die Richtung der Politik und auf die Art und Weise von Politik (regieren über Menschen oder mit ihnen gemeinsam). Wir wollen uns mit radikal vernünftigen Vorhaben in diese politische Auseinandersetzung einbringen; mit Anliegen, zu denen die anderen Parteien bedingt durch ihre Grundorientierung aus eigener Kraft nicht in der Lage sind. Wir wollen Stachel im Fleisch antisozialer Kräfte und Mitträger realisierbarer Projekte sozialen und emanzipatorischen Wandels sein. Das betreiben wir ganz offensiv und ohne uns auf Nebenschauplätze wie inhaltlose Konstellationsdebatten unterschiedlichster Art abdrängen zu lassen.

2.2. Die ostdeutsche Lebensbasis der PDS und der bundesweite Erfolg demokratisch-sozialistischer Politik.

Auch der vorgezogene Bundestagswahlkampf 2005, der nur als ein im Wesentlichen einheitlicher Wahlkampf geführt werden kann, muss vom Bestehen zweier Elektorate ausgehen: West und Ost.

Viele der den Wahlkampf prägenden Auseinandersetzungen werden West und Ost im Grundsatz gleichermaßen betreffen: Arbeit, Sozialstaat, Finanzen, Frieden. Selbst die schwierige Lage des Ostens selbst ist immer weniger ein Thema, das die „Ossis“ exklusiv haben – der „Super-GAU Ost“ gilt in Politik und öffentlicher Meinung als eine der entscheidenden Ursachen für die Krise von Arbeitsmarkt, Staatsfinanzen und auch Volkswirtschaft.

Dennoch spielen *politisch-mentale, im Wesentlichen sozialisationsbedingte Unterschiede* weiter eine große Rolle. Im Verbund mit dem besonderen Grad der Zuspitzung insbesondere sozialer Probleme im Osten, mit der massenhaften Betroffenheit sowie mit nachwirkenden Fehlern und Ungerechtigkeiten des Vereinigungsprozesses, aber auch mit der noch immer bestehenden Neuartigkeit

der Situation im Osten und ihrer Offenheit bilden diese politisch-mentalen Besonderheiten den Nähr- und Resonanzboden sowie das Themenreservoir für ein *von politisch-parlamentarischen Interessenaggregationsmodell der Mehrheitsgesellschaft West abweichendes Modell. Dessen sinnfälligster Ausdruck ist die PDS*. Daraus erklärt sich auch, dass mittlerweile ihre Legitimation als politische Partei in der Bundesrepublik weithin, auch bis in klassisch und engagiert nichtkommunistische Milieus hinein akzeptiert wird.

Notwendig für den Erfolg in Ost und West ist die klare und erkennbare Akzeptanz der ostdeutschen Lebensbasis der PDS anderthalb Jahrzehnte nach der Vereinigung durch die PDS selbst – mit all ihrer neuen Differenziertheit, ihren vielfältigen Interessen und Erfahrungen wie auch gemeinsamen, aber durchaus widersprüchlich bewerteten Wurzeln. Wie authentisch und damit mobilisierend eine Politik formuliert werden kann, hängt maßgeblich davon ab, ob und wie es gelingt, die entsprechenden Ansätze und Forderungen aus dem der Partei zugewiesenen sozialen und politischen Raum heraus zu entwickeln.

Wenn Ostdeutschland gleichermaßen Teil der Probleme des gesamten Landes wie Betroffener ihrer Auswirkungen ist, dann sind radikale Antworten der demokratischen SozialistInnen aus dem Osten und für den Osten genau die Antworten, die von der PDS in beiden Teilsellschaften und für das Ganze vorrangig erwartet werden. Dann führen sie zu dem notwendigen radikalen Ansatz für soziale Gerechtigkeit insgesamt.

Die Kritik von 15 Jahren Vereinigungspolitik, des Scheiterns von „Aufschwung Ost“ wie „Chefsache Ost“, ist dabei ein unverzichtbarer, aber nicht allein tragfähiger thematischer Aspekt der PDS-Wahlkampfführung.

Dazu muss ein gesellschaftsstrategischer Rahmen für ein als soziale Gestaltung begriffenes Innovationskonzept kommen. Ein Entwurf liegt mit dem vor Jahresfrist für die Fraktionsvorsitzendenkonferenz ausgearbeiteten Modell vor:³

- Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage als Öffnungsoption zu sozial-innovativen Handeln.
- „Zukunft durch Innovation und Bildung“.
- Öffnung und Reorganisation der Politik und des öffentlichen Raumes – also eine neue Phase der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

2.3. Die demokratische Linke in Deutschland ist breiter als die PDS – die PDS ist ihre stärkste Kraft

Angeichts der bestehenden zwei Elektorate kann die PDS zwar in Ost und West Vertrauen und auch Zustimmung

gewinnen, auf absehbare Zeit aber bestimmte Grenzen auch nicht überschreiten. Das ist den gesellschaftlichen Realitäten geschuldet und tut den beachtlichen Leistungen der PDS in den westdeutschen Bundesländern keinen Abbruch.

Die PDS in den westlichen Bundesländern ist integraler und dauerhafter Bestandteil der Gesamtpartei, ihre Leistungen und ihre Ausstrahlung sind unverzichtbar für die Perspektive einer starken und erstarkenden Linken in Deutschland. Dafür stehen tausende Mitglieder, Landesverbände und regionale PDS-Gruppen in allen westdeutschen Ländern, aktive Präsenz in den Kommunalparlamenten von großen und kleinen Städten, die Kooperation mit Bewegungen, Verbänden und Initiativen. Die PDS-West bewegt sich mit ihren Wahlergebnissen etwa bei den Europawahlen 2004 (1,6%, ein realer Zuwachs von rund 75 000 Stimmen), bei den Kommunalwahlen letzten Jahres oder mit 2,3 % bei den Landtagswahlen im September 2004 im Saarland auf einem zwar niedrigen und Schwankungen unterworfenen, aber im Trend stabilen Niveau. Die Umfragewerte für die PDS im Westen bewegen sich zwischen 1 % und gut 2 %, nachdem im Sommer/Herbst 2004 Spitzenwerte von gut 3 % ausgewiesen wurden. Unter den demokratischen linken Kräften diesseits der SPD ist die PDS auch im Westen eine der starken Gruppierungen.

Die Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen, die erste Wahl mit WASG-Teilnahme, bestätigt das im Kern. Es bleiben immer noch beträchtlich viele linke Wählerinnen und Wähler, die von einer organisatorisch und personell zersplitterten Linken nicht erreicht werden. Die Debatte nach dem Ausscheiden des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine und um seine Bereitschaft zu einer gemeinsam von PDS und WASG getragenen Bundestagskandidatur macht deutlich, dass auch bei Wahlen mehr erreichbar ist, wenn die Linke unproduktive Konkurrenz aufgibt und ihre Kräfte bündelt. Das gilt aber nicht nur für Lafontaine, die WASG und die PDS, sondern für viele demokratische Linke innerhalb der Gesellschaft, in Ost und West, jenseits von Parteienbindungen.

Zugleich gibt es im Ostdeutschland angesichts der Erfahrungen mit Sozialstaatsabbau und Vernachlässigung des Ostens Tendenzen einer neuen Politisierung und einer damit einher gehenden Zuwendung zur PDS. Das haben die Hartz-IV-Proteste vom Sommer vergangenen Jahres, aber auch der starke Zuspruch zu den landespolitischen Alternativen der PDS bei den Landtagswahlen der Herbstes 2004 gezeigt. Ein solcher Prozess ist auch in der Bereitschaft von Einzelpersonlichkeiten zu erkennen, in diesem Jahre an der Seite

der PDS für den Bundestag zu kandidieren. Zugleich haben lokale und regionale Wahlen der letzten Monate gezeigt, dass der Aufschwung 2004 sich nicht automatisch und unter allen Bedingungen fortsetzt, sondern auch herbe Niederlagen möglich sind.

Die PDS stellt sich diesen Dingen mit großem Verantwortungsbewusstsein und großer Offenheit.

Wir laden alle ein, sich mit uns um eine starke parlamentarische Linke, um ein linkes Zentrum für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und die Würde aller, zu bemühen.

Ein solches Zentrum braucht die PDS. Denn die PDS ist die einzige Partei links der SPD, die eine realistische Chance hat, aus eigener Kraft die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden – und sie würde produktive Impulse in diesem Zentrum setzen.

Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst – als eine pluralistische Partei, als Teil einer pluralistischen Linken. Es ist eine Verantwortung für die Gesellschaft, für viele Menschen im Lande.

Die Linke kann im nächsten Deutschen Bundestag so stark vertreten sein wie noch nie!

3. Die Wahlprogrammatik.

Die zentralen, auch kommunikativ im Vordergrund stehenden **PDS-Vorhaben** müssen ganz klar mit dem Wollen in der Bevölkerung korrespondieren – sie müssen sich auch vom bisherigen Parteienkaderwelsch (auch dem der PDS!) unterscheiden. Zu entwickeln sind sie

- mit Blick auf die politische Erfahrung einer im Volk verwurzelten Partei, auf die Umfragelage und darin seit längerem stabile Trends
- aus unserer politischen Programmatik heraus.

Wir wollen damit eine Weichenstellung in Richtung Solidarität, in Richtung soziale Verantwortung in Politik und Wirtschaft. Vermeintlich „einfache“ Lösungen wird es in der hochdifferenzierten Gesellschaft mit sehr unterschiedlichen Interessenlagen der verschiedensten Schichten nicht geben, aber klare und andere Markierungen sind möglich und nötig.

Mit ihnen wird der Wahlkampf 2005 ein inhaltlicher Wahlkampf, ein Wahlkampf, der für nachvollziehbare politische Themen wirbt, und damit ein mobilisierender Wahlkampf mit ganz eigenem, attraktivem Profil der PDS. Er lebt von der **Kraft der produktiven Alternative**, die in ihrer Stärke auch den Protest nicht nur einbindet, sondern zuspitzt und wirksamer macht – weil sie sagt, was an die Stelle dessen treten soll, was weg muss.

So wollen wir unser **Wahlziel** erreichen,

- mit größtmöglicher Kraft und uneingeschränkt den Grundsatz sozialer

Verantwortung von Politik und Wirtschaft im Parlament zu vertreten und mit konkreten, realistischen politischen Alternativen parlamentarisch und außerparlamentarisch die Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung unseres Landes aufnehmen und prägen und

- dazu eine starke demokratische linke Fraktion im Deutschen Bundestag zu bilden – gesellschaftlich getragen und gestützt von einer breiten, handlungsfähigen und stabilen Allianz aus politischen und sozialen Kräften und unabhängigen Bürgerinnen und Bürgern.

Für uns, für die PDS, ist deshalb der **Wahltag ein Referendum über zentrale Projekte sozialer Gerechtigkeit** in Deutschland. Die Projekte, die wir dafür anbieten, werden in den folgenden Richtungen entwickelt:

1. Arbeiten. In Würde.
2. Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit.
3. Nur eine gebildete Gesellschaft hat Zukunft.
4. Neuansatz für Ostdeutschland. Abhängige Regionen in Ost und West stabilisieren.
5. Mehr direkte Demokratie durchsetzen!

6. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten.

Dafür sind folgende *Arbeitsschritte* vorgesehen:

1. Die Kommission Strategie und Wahlen legt bei ihrer Beratung am 6. Juni ein Arbeitspapier vor, wo die genannten sechs Politikrichtungen mit jeweils einem konkreten politischen Vorhaben unteretzt werden. Diese Vorhaben sollen kommunikativ dann auch im Vordergrund des Wahlkampfes stehen.

2. Die Kommission Strategie und Wahlen legt bis Ende Juni einen im Parteivorstand beschließbaren und in der Partei diskutierbaren Entwurf für ein kurzes, politisch pointiertes Wahlprogramm vor. Das Wahlprogramm soll im Wesentlichen die genannten sechs Politik-Richtungen ausfüllen und in Kontext zur Programmatik der Partei setzen. Arbeitstitel: „Unsere Alternativen zur Wahl. Ein Programm für Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden.“ Das Programm soll nicht mehr als zehn A4-Seiten umfassen. Es soll auf dem Bundesparteitag Ende August beschlossen werden.

3. Kommission Strategie und Wahlen sowie die Bundesgeschäftsstelle bereiten zusätzlich und ergänzend ein Material „PDS-Politik von A bis Z“ vor, indem der in der Partei erreichte konzeptionelle Stand – im wesentlichen auf dem Stand von Beschlüssen bzw. mehrheitsfähigen Positionspapieren – zu allen politischen Themen gebündelt wird. Das Material wird dem Parteitag vor-

allerdings nicht zur Abstimmung gestellt. Über den Umgang mit strittigen Fragen entscheidet ggf. der Parteivorstand. Das Material wird als Broschüre in den Wahlkampf eingeführt.

Es gibt Alternativen!

PDS: Unser Programm für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie

I. Arbeiten. In Würde

Massenkaufkraft stärken:

- Existenzsichernde Arbeit finanzieren; öffentliche Beschäftigung fördern.
- Mindestlohn garantieren – Lohndumping beenden.
- Binnenwirtschaft beleben.

Aktive Beschäftigungspolitik betreiben:

- Arbeitszeitverlängerung stoppen. Überstunden abbauen. Teilzeitarbeit fördern.
- Berufseinstieg nach Ausbildung und Studium erleichtern;
- Betriebliche und unternehmensbezogene Mitbestimmung, ein funktionsfähiges Tarifvertragssystem sichern.

Unser Projekt: Arbeitsplätze jetzt! Hartz IV muss weg!

II. Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit

- Anhebung des Arbeitslosengeldes II bzw. des Sozialhilferegelsatzes auf 400 Euro in Ost. Abschaffung der Bedarfsgemeinschaftsregelung.
- Bedarfsorientierte Grundsicherung für alle.
- Solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege: Pflichtversicherung für alle. Kapitalerträge, Mieten, Pachten und Zinseinkünfte einbeziehen.
- Einführung einer „Rente mit Grundbetrag“. Aufhebung der Benachteiligung des ostdeutscher Renterinnen und Rentner.
- Staatliche Beihilfen streichen, wo sie in Rationalisierungsprofite fließen.
- Mehr Steuergerechtigkeit: Gerecht und transparent besteuern.

Unser Projekt: Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung!

III. Nur eine gebildete Gesellschaft hat Zukunft

- Für eine soziale und demokratische Bildungsreform.
- Anhebung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
- Zugang zu Bildung in der frühen Kindheit und der Vorschule.
- Individuelle Förderung statt Auslese.
- Schaffung eines ausgewogenen Netzes von Ganztagsangeboten.
- Überwindung der deutschen Kleinstaaterei im Bildungsbereich – Einheitliche Qualitätsstandards und Prüfungsanforderungen in ganz Deutschland.
- Gebührenfreie Bildung in Vorschule,

Schule, Lehre und Hochschule.

- Weiterbildung und lebenslanges Lernen stärken – Unternehmen in die Pflicht nehmen.

Unsere Projekte: 1) Längeres gemeinsames Lernen. 2) Kein Kind darf länger arm sein – Kita-Abgabe der Reichen – moderner Lastenausgleich!

IV: Neuansatz für Ostdeutschland. Abhängige Regionen in Ost und West stabilisieren

- Öffentliche Förderprioritäten auf Stabilisierung und Konsolidierung, vor allem von Unternehmen im Bereich kleiner und mittelständischer Firmen, ausrichten.
- Öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm für neue Arbeitsplätze, Bildung, Wissenschaft und Forschung, kleine und mittlere Unternehmen und ökologischen Umbau.
- Nachhaltigkeitsstrategie durchsetzen. Natur- und Ressourcenschutz gewährleisten. Regional statt global.
- Abwanderung junger Menschen aus den strukturschwachen Regionen in Ost und West aufhalten.

Unser Projekt: Politische Gestaltung – ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm in Ost und West für Regionen auf der Kippe

V. Mehr direkte Demokratie durchsetzen

- Protest ernst nehmen. Bürgerrechte erweitern, Bürgerbeteiligung ausbauen, Volksabstimmung auf Bundesebene.
- Öffentliche Güter und Daseinsvorsorge nicht privatisieren; Bürgerhaushalt in Kommunen.
- Öffentliche Sicherheit garantieren.
- Zusammenwirken mit Gewerkschaften, Verbänden, Umwelt-, Bewegungen fördern.
- Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmungsrechte sichern.
- Diskriminierungen beenden, Gleichstellung verwirklichen.
- Rechtsextremismus bekämpfen.

Unser Projekt: Mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie

VI. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten

- Kriege ächten, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- Internationale Aufrüstung beenden.
- Europa demokratisieren und sozial ausgestalten.
- Der Globalisierung einen rechtlichen Rahmen und soziale Standards geben.

Unsere Projekte: 1) Deutschland verweigert den Kriegsdienst! 2) Abrüstung und Konversion

1 Die folgenden Darlegungen stützen sich, sofern nicht anders ausgewiesen, auf die Ergebnisse der Info-Befragung und -Auswertung für die PDS.

2 Twardowski Kommunikationsberatung GmbH/ Infratest Dimapw-Umfrage 23. – 25. Mai 2005

3 http://sozialisten.de/politik/themen/0404_ost-deutschland/view_html?zid=19916&bs=1&n=0

Provokant, lesenswert, aber in der Hauptaussage schlicht falsch

Hauptthese: „Gefälligkeitsdiktatur“

Die Hauptthesen des Autors sind schnell erzählt und auch im Klappentext genannt: „Während des Zweiten Weltkrieges verwandelte die Regierung Hitler den Staat in eine Raubmaschine ohne Beispiel. Die große Mehrheit der Deutschen stellte sie mit einer Mischung aus sozialpolitischen Wohltaten, guter Versorgung und kleinen Steuergeschenken ruhig. Die Kosten dieser Gefälligkeitsdiktatur hatten Millionen von Europäern zu tragen, deren Besitz und Existenzgrundlagen zum Vorteil der deutschen Volks- und Raubgemeinschaft enteignet wurden. Der Autor zeigt, wie die Erlöse aus dem Verkauf von jüdischem Vermögen überall in Europa in die deutsche Kriegskasse flossen und damit auch in die Taschen der Soldaten. ...

Hitler erkaufte sich die Zustimmung der Deutschen mit opulenten Versorgungsleistungen, verschonte sie von direkten Kriegssteuern, entschädigte Bombenopfer mit dem Hausrat ermordeter Juden, verwandelte Soldaten in ‚bewaffnete Butterfahrer‘ und ließ den Krieg weitgehend von den Völkern Europas bezahlen. Den Deutschen ging es im Zweiten Weltkrieg besser als je zuvor, sie sahen im nationalen Sozialismus die Lebensform der Zukunft – begründet auf Raub, Rassenkrieg und Mord.“

„Wie konnte das geschehen?“

Die Ausplünderung der vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Länder Europas haben vor Aly schon zahlreiche andere Autoren und Historiker geschildert. Aly schildert diese Raubzüge deutscher Soldaten und die dahinter stehende Systematik der Ausplünderung Europas durch das NS-Regime aber unter einem anderen Gesichtspunkt als manche vor ihm – unter einer wichtigen Fragestellung. Sie lautet: „Wie konnte das geschehen? Wie konnten die Deutschen aus ihrer Mitte heraus beispiellose Massenverbrechen zulassen und begehen – insbesondere den Mord an den europäischen Juden?“ (Seite 35) Wobei die Betonung auf dem Wort „Massen“ liegt. Das meint nicht nur die massenhaften Opfer, sondern vor allem auch die massenhaften Täter.

Was den Autor umtreibt, ist die Frage, welche Leimruten das NS-Regime auslegte, um offene und stillschweigende Anhänger für seine Politik zu gewinnen, Anhänger, die zum Beispiel den Anschluss des Saarlandes, die Annexion

Österreichs oder den Einmarsch der Nazi-Truppen in die sogenannten „Sudetendeutschen Gebiete“ der Tschechoslowakei jubelnd begrüßten und feierten, die von KZs und Judendeportationen wussten und die – Schritt für Schritt – zu Mittätern bei immer größeren Verbrechen wurden, angefangen von den sofort zu Kriegsbeginn in Polen verübten Verbrechen und dann – immer schrecklicher werdend – im Feldzug gegen die Sowjetunion.

Diese Fragen beschäftigen viele schon lange. In dieser Zeitschrift etwa wurde schon Mitte der 80er Jahre ausführlich beschrieben, wie das NS-Regime die inneren Erschütterungen der „Heimatfront“, die das Kaiserreich im ersten Weltkrieg zugrunde richteten, den Hunger und das Elend der Soldatenfamilien, als eine von vielen „Lehren“ der herrschenden Klassen aus dem ersten Weltkrieg mit allen Mitteln zu vermeiden suchte – und dass dies eines der Motive für die sofort nach Kriegsbeginn einsetzende Rekrutierung von Zwangsarbeit nach Nazi-Deutschland und später dann die ungeheuerliche Ausplünderung der besetzten Länder war, insbesondere im Osten.

Raub, Verschleppung, Massenmord

Aly beschreibt dies noch sehr viel ausführlicher. Er listet die Hunderttausenden Tonnen von Lebensmitteln, die insbesondere aus der Sowjetunion ins Reich verschleppt wurden, akribisch auf. Fast 4,4 Millionen Tonnen Getreide, fast 500.000 Tonnen Fleisch, über 700.000 Tonnen Speiseöle und Fette und fast 1,9 Millionen Tonnen Kartoffeln meldete das Statistische Reichsamt an geraubten Lebensmitteln aus den eroberten Teilen der Sowjetunion in den Jahren 1941 bis 1943. Tödlicher Hunger in den von diesem Raub betroffenen Gebieten und eine bis kurz vor Kriegsende noch relativ gute Lebensmittelversorgung im Reich waren die Folge.

„Schlemmerlokale in Belgien“, „Frankreich ohne Grenzen“, „Italien: bezahlt wird nicht“ und im „Ergänzungsraum Ost: Sklavenarbeit für das Reich“ lauten die Überschriften der entsprechenden Abschnitte, in denen Aly diesen Raub mit vielen Beispielen und Dokumenten schildert. Beklemmend: Der Begriff „Otto Normalverbraucher“ entstand in dieser Zeit.

Ausführlich ist auch das Kapitel über „Die Enteignung der Juden“ und deren Bedeutung für die NS-Kriegsfinanzierung. Welches Ausmaß diese Plünderung hatte, welche Gemeinheiten dabei stattfanden und mit welcher Hartnäckigkeit der deutsche Staatsapparat und deutsche Unternehmen sich bis heute gegen jede Wiedergutmachung sträuben, war während der Auseinandersetzung um die Entschädigung

von NS-Zwangsarbeit erneut zu beobachten – etwa als es um die Rückgabe arisierter jüdischer Bankguthaben durch deutsche Banken und Versicherungen ging.

Alles Schlechte kommt von kleinen Leuten? Merkwürdige Lücken

Merkwürdig ist aber: Unternehmen als Akteure der Arisierung werden von Aly überhaupt nicht erwähnt. Vielleicht, weil das in dem „OMGUS“-Bänden („Ermittlungen gegen die Deutsche Bank“ und „Ermittlungen gegen die Dresdner Bank“) schon lange dokumentiert ist?

Ärgerlich und zum Teil direkt falsch sind andere Thesen. Überschriften wie „Im Schein des Aufschwungs. Arisierung für den Krieg. Steuermilde für die Massen. Steuerhärte gegen die Bourgeoisie“ deuten an, worauf der Autor bei der Bewertung des NS-Regimes hinaus will. Er erwähnt die von den Nazis eingeführte Steuerfreiheit für Nacht- und Schichtzuschläge, die Anhebung der Renten 1941 und die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung für Rentner im gleichen Jahr, die relativ hohen Leistungen für Familien von



Wehrmachtsoldaten, die steigenden Nahrungsmittelpreise und konstanten Steuern für die Bauern und schlussfolgert aus allem dem: Das NS-Regime war eine „Gefälligkeitsdiktatur“. Ach ja? Dann herrschten im römischen Weltreich auch nicht die Sklavenhalter, sondern die Plebejer und Freigelassenen, die mit „Brot und Spielen“ bei Laune gehalten wurde?

Das Ermächtigungsgesetz, das sofort nach Machtantritt verhängte Verbot und die Verfolgung der KPD, der SPD, später auch der anderen demokratischen Parteien, das Verbot und die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Gestapo, SA und SS, die Konzentrationslager: all das wird von Aly nur am Rande gestreift, zum Teil überhaupt nicht erwähnt. Warum nicht? Um die These der „Gefälligkeitsdiktatur“ plausibel zu machen? Auch die von Bettelheim und anderen Faschismusforschern

schon lange bekannte Tatsache, dass die Reallöhne der Beschäftigten im Nazi-Reich bei Kriegsbeginn 1939 deutlich niedriger als 1929 lagen, ficht Aly nicht an. Was soll diese selektive Sicht auf die Wirklichkeit?

Noch ärgerlicher wird es bei den Leimruten. Alles Schlechte kommt von unten, scheint die Devise des Autors zu sein, wenn man überprüft, welche Leimruten der Autor nennt und welche er verschweigt. Die Karrierebeschleunigung und Vermögensmehrung für Beamte, Professoren, Ärzte, Offiziere, Manager, kurz: für die so genannten „feinen Leute“, den akademischen und (Unternehmen und Behörden) leitenden Mittelstand, im Kontext der Judenverfolgung ist für Aly kein Thema – jedenfalls nicht in diesem Buch. Warum nicht?

Reichsschuld schlicht vergessen?

Direkt zu falschen Schlüssen verrennt sich der Autor schließlich, wo er auf die Finanzierung des Krieges kommt. Aly vergleicht die „externen Kriegseinnahmen“, also die den besetzten Ländern vom NS-Regime direkt und indirekt auferlegten Besatzungskosten, die Erträge (nur des deutschen Reiches, nicht die der Konzerne) aus Zwangsarbeit und ähnliche Einnahmen (zusammen nach seinen Berechnungen etwa 168 Milliarden Reichsmark) mit den „inneren“ Kriegseinnahmen. So weit, so gut. Aber: Als „innere“ Einnahmen betrachtet Aly ausschließlich die regulären Steuer(mehr)einnahmen im Reich (nach seinen Berechnungen 84 Milliarden Reichsmark).

Sein Fazit daraus: „Bezogen auf die laufenden Kriegskosten des Reiches bezahlten die deutschen Klein- und Durchschnittsverdiener – das waren einschließlich der Familien etwa 60 Millionen Menschen – allenfalls zehn Prozent. Die besser verdienenden Deutschen trugen etwa 20 Prozent, während Ausländer, Zwangsarbeiter und Juden rund 70 Prozent der Gelder aufzubringen hatten, die der Krieg auf deutscher Seite täglich verschlang. Auf dem Boden einer solchen doppelten, rassen- und klassenbewusst organisierten Vorteilsnahme ließen sich die Masse der Deutschen bis weit in die zweite Kriegshälfte hinein bei Laune halten. Die verbrecherische Kehrseite ihres sozial- wie rasseimperialistisch gespeisten und zudem kriegssozialistisch versüßten Wohllebens verdrängten sie dauerhaft.“ (S. 326)

Der englische Wirtschaftswissenschaftler J. Adam Tooze hat in der „taz“ (12.3.05 und 16.3.05) darauf hingewiesen, dass sich Aly bei dieser kühnen These „schlicht verkalkuliert“ hat. Aly vergisst nämlich die Kriegsfinanzierung durch Kredite. Die kurz-, mittel- und langfristige Verschuldung des Deutschen Reiches betrug 1939, also bei

Das sagen andere

„Kriegsgewinnler Volk“

„... Wer profitierte von den Nazis? Wer hatte Nutzen von ihrem Regime? Seine Antwort: Nicht die aggressivsten Teile des Finanzkapitals, wie eine längst obsolet gewordene ‚Faschismustheorie‘ einst behauptete, sondern in hohem Maße gerade die breiten Schichten der Bevölkerung“.

Arno Widmann, ehemaliger Chefredakteur der „taz“, Redakteur der Berliner Zeitung, ebenda, 29.4.2005

„Was bekam des Soldaten Weib?“

„Brecht wusste es auch schon – und besser: Deutsche Soldaten haben im Zweiten Weltkrieg nicht nur gemordet, sondern auch geklaut. Brecht listet in seinem Gedicht auf, was des ‚Soldaten Weib‘ aus den Hauptstädten der Länder bekam, die von deutschen Truppen überfallen und besetzt wurden: Aus Prag die ‚Stöckelschuhe‘, aus Warschau das ‚leinerne Hemd‘, aus Oslo das ‚Kräglein aus Pelz‘ etc. ...

Lassen wir den großen Dichter und kommen zu dem Politologen Götz Aly. Er beweist in seinem schnell zum Bestseller hochgepuschtem Buch, dass Brecht Recht hatte. Viele deutsche Soldaten, Aly nennt und zitiert vornehmlich Heinrich Böll, haben sich an der Ausplünderung der von den deutschen Armeen überfallenen Länder beteiligt. Doch letztlich zu welchem Preis? Den Brechtschen ‚Witwenschleier‘ erwähnt Aly nicht.

... Der Faschismus sei ein ‚nationaler Sozialismus‘ gewesen, der die Grundlagen des bundesrepublikanischen ‚Sozialstaates‘ gelegt habe und der dem ‚real existierenden Sozialismus‘ weit überlegen gewesen sei etc. etc. etc. Muss man diesen, gelinde ge-

sagt, Unsinn widerlegen? Leider ja ... Hitlers ‚Volksstaat‘ war längst nicht so modern, wie dies neben Aly auch einige neurechte Ideologen wie Rainer Zitelmann behaupten.

Doch warum das alles? Warum wird der Antifaschismus verschwiegen? Warum wird aus der ‚terroristischen‘ eine ‚Gefälligkeitsdiktatur‘ und aus dem Faschismus ein ‚nationaler Sozialismus‘? Warum so viel Häme über die ‚Millionen einfacher Deutscher‘ und so viel Verständnis für die ‚Bourgeoisie‘? Weil alles nicht so gewesen sein soll, wie es gewesen ist, und weil es nicht besser werden soll, wie es ist. ... Aly möchte ein verspäteter Renegat sein und schielt nach dem rechten Beifall.“

Wolfgang Wippermann in „antifa“, hrsg. vom Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), Juni 2005

„Ich habe viel von Aly gelernt“

Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus, wandte sich gegen Alys Rede vom nationalen Sozialismus. Die von ihm geschilderten Reformen seien Frucht einer höchsten Steigerung der Ausbeutung gewesen, also vom Gegenteil des Sozialismus. Aber „ich habe viel von Aly gelernt. Er liefert beeindruckend und so wie ich es noch niemals gelesen habe, eine Empirie des Massenverhaltens während des Nationalsozialismus ... Die Nazis haben, neben der Propaganda, neben dem Terror, die es gab, die Aly nicht leugnet, die aber nicht Thema seines Buches sind, die Zustimmung der Massen auch erkaufte durch systematische Bestechung mittels sozialer Wohltaten.“

(Lothar Bisky, PDS, laut Berliner Zeitung, 29.4.2005)

Kriegsbeginn, bereits 42,7 Milliarden Reichsmark, hatte sich damit gegenüber 1933 verdreifacht. Der Notenumlauf der Reichsbank war im gleichen Zeitraum von 3,6 Milliarden Reichsmark auf 11 Milliarden Reichsmark gestiegen. Bis Ende 1943 stieg dieser Notenumlauf dann weiter auf mehr als das Dreifache, auf 34 Milliarden Reichsmark, während die direkte Reichsschuld sogar auf 390 Milliarden Reichsmark in die Höhe schoss (alle Zahlen nach Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus).

Diese „Reichsschuld“ – zusammen mit dem Notenumlauf fast doppelt so viel wie die von Aly berechnete „externe“ und „interne“ Kriegsfinanzierung zusammen – war eine gigantische Spekulation auf den Sieg im Raubkrieg. Diese Schuld – das macht Aly auch deutlich – sollte bei einem Nazi-Sieg von den Bevölkerungen der besetzten Länder abgetragen werden.

Es ist wirklich schade, dass Aly diesen überwiegenden Teil der NS-Kriegsfinanzierung nicht beachtet. Denn die Besitzer all dieser „Papierchen“ waren eben nicht die „kleinen Leute“, die er zu den Hauptnutznießern des NS-Regimes erklärt, sondern die „besseren“, sprich vermögenden Kreise. Eine Blick auf Reichsschuld und Reichsbank hätte Aly also vor dem Irrtum der Einstufung des NS-Regimes als „Gefälligkeitsdiktatur“ für kleine Leute bewahrt.

Bei Bettelheim lassen sich übrigens – ebenso wie bei anderen Historikern wie Eichholtz – auch die explodierenden Gewinne der Konzerne unter dem Nationalsozialismus nachlesen. Auch die lässt Aly weg. Warum? Wem soll das nützen?

Trotzdem: Ein lesenswertes Buch!

rül

Götz Aly, Hitlers Volksstaat, S. Fischer Verlag, 2005, 446 Seiten, ISBN 3-10-000420-5, 29,90 Euro.

23. Juni, Stuttgart. Kundgebung für Bleiberecht für Geduldete anlässlich der Bundesinnenministerkonferenz, ab 15 Uhr. Veranstalter AK Asyl und andere.

17. Juli, Berlin. Außerordentliche Tagung des Parteitags der PDS zur Statutenänderung, Änderung des Parteinamens.

20. Juli, Berlin. Öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr im Bendler-Block und Gegenaktionen. Näheres www.geloeb-nix.de

21. bis 24. Juli, Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

28. Juli bis 6. August. Aktions-Radltour (Tour 1) „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima. Route: Amberg – Regensburg – Ingolstadt – Augsburg – Ulm – Engstingen – Tübingen – Stuttgart – Ramstein – Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK. www.dfg-vk.de

5. und 6. August, Weltweit. 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

11. bis 14. August, Sondershausen. Linke Sommerschule.

27. August, Berlin. 2. Tagung des Parteitags der PDS. Beschlussfassung des Wahlprogramms

3. Oktober, Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober, Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

28./29. Oktober, Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

14. November, Karlsruhe. SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)

19./20. November, Nürnberg. 60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder, vorgez.	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder, regulär	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de

TAMM-TAMM

Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum

Friedrich Möwe



Tamm-Museum: Wallfahrtsort für Nazis?

Peter Tamm (76), bis 1991 Vorstandschef des Axel-Springer-Verlags, betreibt seit Jahren ein privates Museum an der Elbchaussee, das *Die Zeit* zurecht als „marinegeschichtlich-militaristisch“ bezeichnet hat. Ausgestellt sind neben Seekriegsgemälden, Kriegsschiffs- und U-Boot-Modellen aus der Nazi-Zeit auch Gala-Uniformen des Flottenstabs der Kriegsmarine des III. Reiches und die mit Hakenkreuzen verzierten Admiralstäbe von Hitlers Großadmiralen Raeder und Dönitz, die nach 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt worden sind. Nirgends findet sich eine Distanzierung vom Nazi-Regime, nirgends ein Hinweis auf die Opfer. Dieses Militärmuseum soll in die HafenCity verlagert werden. Hierfür bietet der Hamburger Senat Herrn Tamm 99 Jahre Mietfreiheit im Kai-Speicher B und zusätzlich 30 Mio. Euro für die Herrichtung des Museums. Im öffentlichen Raum der HafenCity würde dieses Seekriegsmuseum zum Wallfahrtsort für Militaristen und Neonazis. Das muss verhindert werden!

TAMM-TAMM

Eine Anregung zur öffentlichen Diskussion über das Tamm-Museum
Herausgegeben vom Informationskreis Rüstungsgeschäfte in Hamburg
Recherche/Text: Friedrich Möwe

83 Seiten,
Preis: 5 Euro
ISBN 3-938372-03-6

Bestelladresse:
GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg
t (0 40) 43 18 88 20
f (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de